

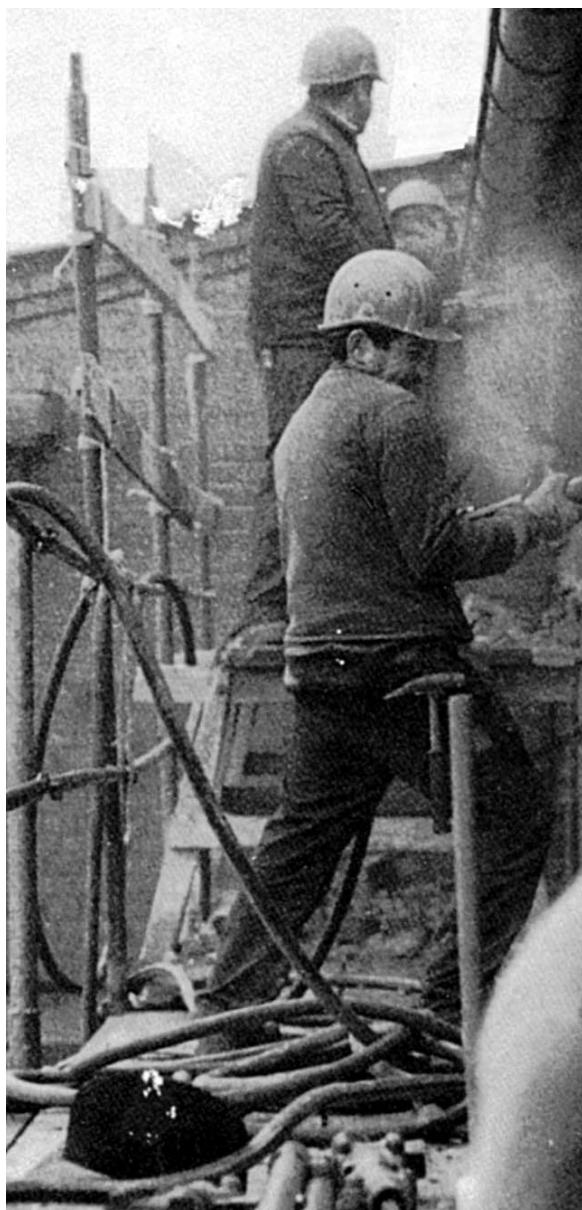
Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

**Die Verweigerung der Freizügigkeit
für Arbeitnehmer aus Osteuropa
begünstigt Niedrigstlöhne, Recht-
losigkeit, Willkür, Konkurrenz,
Rassismus, Ungleichheit**

Die EU und Deutschland müs-
sen die Beitrittsstrategie verän-
dern

Seite 4



Niederlande: Sozialistische
Partei zum Euthanasie-Gesetz

Seite 6



Aktion der Friedensinitiative
Bad Tölz-Wolfratshausen: NEIN
zu einer Patenschaft mit einem
Kriegsschiff

Seite 12



2 x 1. Mai

Seite 14



Programmdiskussion der PDS:
Kein Schritt in Richtung
„Godesberg“

Seite 18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
— ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

AKTUELL

ARBEITSLOSEN- & SOZIALHILFE.

Die von Bundeskanzler Schröder angestoßene Faulenzerdebatte gewinnt gesetzgeberische und behördlichenhandelnde Konturen. Inzwischen gibt es von Unternehmerverbänden, aus CDU/CSU und dem Arbeitsministerium verschiedene Vorschläge, die alle vorsehen, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu verschmelzen. Hintergrund: Auf Teilarbeitsmärkten (Facharbeiter, Süddeutschland) finden die Kapitalisten das Angebot ungenügend. Die Arbeitsämter sollen die vorhandenen Reserven mobilisieren. Arbeitslose müssen künftig eine Art „Vertrag“ mit dem Berater unterschreiben, was sie alles zur Arbeitssuche zu unternehmen haben; der Druck auf Arbeitslose im Osten, in den Westen umzusiedeln, wird erhöht. Für den Rest sind massive Kürzungen geplant. Verschiedene Verbände protestieren. So sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer: „Bei der Mehrheit der Arbeitslosenhilfeempfänger würde dies zu massiven Kürzungen des Einkommens führen“. Engelen-Kefer forderte, Sozialhilfeempfänger an den Weiterbildungmaßnahmen der Arbeitsämter zu beteiligen. Allerdings müssten die Sozialämter dann weiterhin die Hilfe zum Lebensunterhalt übernehmen.

ARMUT- & REICHTUMSBERICHT.

Das Bundeskabinett hat am 25. April den von einer Kommission vorgelegten Bericht über Armut und Reichtum in der BRD genehmigt. Der erste Eindruck: viele Fakten, schwache Bewertung: Die Kohl-Regierung habe den Gegensatz Armut-Reichtum befördert, die neue Regierung tätigte alles, damit es besser wird. Die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Barbara Stolterfoht kritisierte fehlende bis schönfärbereiche Aussagen zur Lebenssituation von Sozialhilfebeziehern. So werde zwar viel über die Ursachen von Sozialhilfebezug und zur Entwicklung der Empfängerzahlen ausgesagt. Kein Wort werde jedoch der Tatsache gewidmet, dass Sozialhilfe heute nicht mehr vor Armut und Ausgrenzung schützt. Stolterfoht verlangt den Sozialhilfe-Eckregelsatz aktuell um 7,8 Prozent anzuhoben, um wenigstens die gesellschaftliche Teilhabe auf einem minimalen Niveau abzudecken. www.bma.bund.de/de/sicherung/armutsbericht/index.htm.

RASSISMUS-UMFRAGE. Zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS über die Kritik des UNO-Ausschusses gegen Rassismus an der Bundesrepublik Deutschland erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Ulla Jelpke: „Der UNO-Ausschuss hatte Ende März rassistisch motivierte Übergriffe von Polizeibeamten und anderen Staatsbediensteten gegen Ausländer, besonders gegen Asylsuchende, kritisiert. Das Anti-Rassismus-Training von Staatsbediensteten, die mit Ausländern und Ausländern zu tun haben, sei zu intensivieren. Der Ausschuss hat die Bundesregierung außerdem aufgefordert, im nächsten Staatenbericht u.a. Auskunft darüber zu geben, wie viele Personen ausländischer Herkunft in den Polizeidienst übernommen und wie viele Personen wegen rassistischer Übergriffe verurteilt worden sind. Die Bundesregierung hat diese Kritik eines UNO-Gremiums offenbar bisher nicht ernst genommen. Wie sich aus der jetzt vorliegenden Antwort auf unsere Kleine Anfrage ergibt, hält man es nicht für notwendig, das Anti-Rassismus-Training zu intensivieren. Warum es dann immer noch zahlreiche Fälle von rassistischen Übergriffen durch Staatsbedienstete gibt, wird nicht erklärt. Die Frage der Vereinten Nationen nach Polizeibeamten ausländischer Herkunft wird die Bundesregierung nicht beantworten können, denn – wieder einmal! – hierzu gebe es keine Statistik. Zu rassistischen Übergriffen gibt es weiterhin keine Statistik. Auch nicht über Verfahren gegen Beamte des Bundesgrenzschutzes. Angeblich, weil die Fallzahlen diesen Aufwand nicht rechtfertigen. Woher will man das wissen, wenn man nicht zählt?“

derinnen und Ausländern zu tun haben, sei zu intensivieren. Der Ausschuss hat die Bundesregierung außerdem aufgefordert, im nächsten Staatenbericht u.a. Auskunft darüber zu geben, wie viele Personen ausländischer Herkunft in den Polizeidienst übernommen und wie viele Personen wegen rassistischer Übergriffe verurteilt worden sind. Die Bundesregierung hat diese Kritik eines UNO-Gremiums offenbar bisher nicht ernst genommen. Wie sich aus der jetzt vorliegenden Antwort auf unsere Kleine Anfrage ergibt, hält man es nicht für notwendig, das Anti-Rassismus-Training zu intensivieren. Warum es dann immer noch zahlreiche Fälle von rassistischen Übergriffen durch Staatsbedienstete gibt, wird nicht erklärt. Die Frage der Vereinten Nationen nach Polizeibeamten ausländischer Herkunft wird die Bundesregierung nicht beantworten können, denn – wieder einmal! – hierzu gebe es keine Statistik. Zu rassistischen Übergriffen gibt es weiterhin keine Statistik. Auch nicht über Verfahren gegen Beamte des Bundesgrenzschutzes. Angeblich, weil die Fallzahlen diesen Aufwand nicht rechtfertigen. Woher will man das wissen, wenn man nicht zählt?

OSTWÄRTS. Der vertriebenenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, Hartmut Koschyk, hat am 21. April unter dem Titel „zu aktuellen vertriebenenpolitischen Themen“ einen umfanglichen Tätigkeitsbericht vorgelegt. Er bekräftigte nochmals Altbekanntes und berichtet einiges Neues: Unter Verweis auf Österreich fordert er „Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter“ von den MOE-Staaten. Koschyk will mehr Geld für die Vertriebenenverbände. Er kritisiert, dass die Bundesregierung verschiedene Aktivitäten der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz zentralisiere und damit „die Erlebnisgeneration der Vertriebenen, die Vertriebenenorganisationen und Landsmannschaften von den Földertöpfen des Bundes fern halte“. Auch die Ausrichtung auf den Kulturaustausch zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn, der Pflege und Sicherung des gemeinsamen historischen Erbes und der Weiterentwicklung der Verständigung zwischen den Menschen sei „eine Engführung“, es gehe schließlich um „deutsche Kulturgüter“. Im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag sieht Koschyk Mängel in der Anwendung und verlangt: Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter, Einführung topographischer Bezeichnungen in Polen in deutscher Sprache, Anerkennung deutscher Wehrdienstzeiten usw. als rentensteigernde Zeiten im polnischen Rentenrecht (nachträgliche Belohnung faschistischer Gefolgschaft!), muttersprachlicher Unterricht für Deutsche in Polen, ungehinderter Erwerb von Wohneigentum, Grund und Boden. www.cducsu.de/presse/texte_detail.jsp?ID=101#

Politische Berichte

— zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Weichenstellung auf dem Göteborger EU-Gipfel

Freizügigkeit!

Der europäische Gipfel wird fahrplanmäßig Mitte Juni in Göteborg neben anderen Fragen das erste der sogenannten „sensiblen“ Themen der Osterweiterung „abschließend“ klären: die Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Dies konnte man am 7. Mai in den Berichten der Tagesspresse über das EU-Außenministertreffen lesen. Dass diese „Klärung“ – es geht dabei um die Klärung zwischen den Mitgliedsstaaten, nicht zwischen EU und Beitrittskandidaten! – die beitrittswilligen Länder des östlichen Europas langfristig zu degradieren droht, zeichnet sich längst ab. Deutschland und Österreich dringen auf mehrjährige Übergangsfristen, in denen die Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Osteuropa außer Kraft gesetzt bleibt, und werden in ihrer Position insbesondere von Finnland, Dänemark, Belgien, Italien, teilweise Großbritannien unterstützt. Eine Übergangsfrist müsste einstimmig beschlossen werden. Die Beitrittsländer kritisieren jede dieshinsichtliche Forderung scharf. Unter den Regierungen der Mitgliedsländer ist ein prinzipielles Nein nicht zu vernehmen. Spanien, unterstützt

von Portugal und Griechenland, will die Zustimmung von Übergangsfristen davon abhängig machen, dass die Zuschüsse, die das Land von der EU erhält, infolge der Erweiterung nicht sinken. Regionen, deren Pro-Kopf-Einkommen unter 75% des EU-Durchschnitts liegt, haben Anspruch auf Mittel aus den Strukturfonds; Spanien erhält in den Jahren 2000 bis 2006 danach insgesamt 107 Mrd. DM aus dem EU-Haushalt. Da das Bruttonsozialprodukt je Einwohner in den mittel-osteuropäischen Beitrittsländern bei 5–40% des EU-Durchschnitts (1997), in Kaufkraftparitäten bei 20–60% liegt, der Gesamtdurchschnitt damit sinkt, würden Spanien, Portugal, Griechenland und Irland erheblich weniger Zuschüsse erhalten, wenn der EU-Haushalt nicht kräftig aufgestockt wird. Ihr Interesse, drastische Kürzungen zu verhindern, ist berechtigt, eine solche Verknüpfung mit der Frage von Übergangsfristen für Freizügigkeit allerdings höchst problematisch.

Die Forderung nach Übergangsfristen für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus Osteuropa kann sich in Deutschland wie Österreich auf eine breite Front von ganz rechts bis in die Gewerkschaften und reformerische Kreise stützen. Schrö-

der verlangte 1998 bei seinem Regierungsbesuch in Warschau zunächst eine Übergangsfrist von 15 Jahren, inzwischen hat sich die Bundesregierung auf 7 Jahre festgelegt und wird dabei von der CDU und v.a. CSU unterstützt. Auch die Grünen haben keine Einwände; die SPD hat in ihrem jüngsten Leitantrag für den Parteitag im November noch einmal die Forderung einer 7-jährigen Übergangsfrist bekräftigt. Die IG Bau verlangt eine Übergangsfrist von 10 Jahren mit allmählich ansteigenden EU-weiten Quoten unter Berücksichtigung der regionalen Arbeitsmarktsituation und eine mindestens 10-jährige Ausnahmeregelung der Dienstleistungsfreiheit für Unternehmen u.a. der Bau-, Entsorgungs-, Gartenbau-, Forst- und Agrarbranchen. Der österreichische Gewerkschaftsbund fordert die Verschiebung der vollen Frei-

mit Werkverträgen und eine unbekannte, aber mit Sicherheit große Zahl als „Illegalen“, d.h. zu Niedrigstlöhnen, völlig rechtlos und der Willkür ihrer Ausbeuter ausgeliefert. Die Verweigerung der Freizügigkeit zementiert die Bedingungen der Rechtlosigkeit und sorgt so für scharfe Konkurrenz unter den Lohnabhängigen, also genau für die Verhältnisse, die die Gewerkschaften mit der Forderung nach Übergangsfristen angeblich ja verhindern wollen.

Zweitens befördern und befestigen Übergangsfristen für den Zugang zum EU-Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger Entfesselung des Kapital- und Warenmarktes Verhältnisse der wirtschaftlichen und politischen Ungleichheit. Die Bevölkerung der osteuropäischen Länder wird den Zumutungen des freien, durch die (west-)europäischen Konzerne beherrschten Marktes ausgesetzt mit all den realistisch zu erwartenden Begleiterscheinungen: Bauernlegen großen Ausmaßes, Deindustrialisierung, d.h. Schrumpfungsprozesse in traditionell wichtigen Industriezweigen bei gleichzeitig weiterer Verlagerung von Produktion und Beschäftigung in arbeitsintensive Produktionszweige (Lohnveredelung), hohe Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne, Sozialdumping etc. – ohne die Chance, in den Ländern, in die der Ressourcentransfer stattfindet, bessere Bedingungen für den Verkauf der Arbeitskraft zu suchen.

Schließlich ist die Absicht, die Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Osteuropa erst einmal auszusetzen, auch ein weiteres Indiz dafür, dass die EU die Regelungen, die sie innerhalb der Alt-EU zum einem gewissen Ausgleich des Entwicklungsgefälles anwandte, auf die osteuropäischen Beitrittsländer nicht entsprechend anzuwenden gedenkt. Die Erhöhung des EU-Haushaltes ist bisher nicht vorgesehen. Die Unterdrückung der armutsbedingten Migration weist auf die Absicht, das gewaltige Entwicklungsgefälle aufrechtzuerhalten. Umgekehrt wären EU-Mittel zur Eindämmung des Entwicklungsgefälles eine zwar nicht ausreichende, jedoch unverzichtbare Bedingung dafür, zu Migration zwingende Armut und Not in den osteuropäischen Ländern zu beseitigen.

Der im Folgenden (leicht gekürzt) abgedruckte Artikel aus der PDS im Europaparlament erschien am 21./22. April bereits im *Neuen Deutschland*. Angeichts der Bedeutung der Auseinandersetzung und der Notwendigkeit, Argumente gegen die deutsche (Ost-)Europa-politik möglichst breit zu entwickeln, wollen wir ihn den Leserinnen und Lesern der Politischen Berichte zur Kenntnis bringen.



Polnische Saisonarbeiterinnen – harte Arbeit zu Niedrigstlöhnen

zügigkeit solange, bis die grenznahen Beitrittskandidaten einen wirtschaftlichen Entwicklungsstand von 80% des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts des EU-Beitritts erreicht haben. Auch die Arbeitsgruppe „Europäischer Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa“ (Eurromemo) sprach sich für nicht näher bezeichnete Übergangsfristen aus mit der denkwürdigen Begründung, dass sonst eine weitere Ausbreitung rassistischer und fremdenfeindlicher Stimmungen zu befürchten sei.

Es ist fraglich und wird durch neuere Studien bestritten, dass die Behauptungen, im Fall sofortiger Freizügigkeit sei mit gewaltigen Zuwanderungsströmen aus Osteuropa zu rechnen, überhaupt zu treffen. Aber unabhängig davon gibt es im Sinne solidarischer und emanzipatorischer Politik kein einziges Argument für die Aussetzung der Freizügigkeit für Lohnabhängige aus Osteuropa.

Tatsache ist erstens, dass längst Hunderttausende aus den MOE-Ländern ihre Arbeitskraft in der EU, vorrangig in der BRD, verkaufen, nur ein Teil (ca. 250.000) in festen Arbeitsverhältnissen, Zehntausende als Saisonarbeiter oder

Die EU und Deutschland müssen die Beitreitsstrategie verändern

Von Sylvia-Yvonne Kaufmann,
Helmut Markov und André Brie

Kurz vor Ostern legte EU-Kommissar Günter Verheugen den Menschen Ost- und Mitteleuropas ein wahrlich faules Ei ins Nest. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den EU-Kandidatenländern sollen einem Vorschlag der EU-Kommission zufolge spätestens erst sieben Jahre nach dem EU-Beitritt ihrer Länder freien Zugang zu den Arbeitsmärkten der Union erhalten. Generell soll eine Übergangsfrist von fünf Jahren gelten, die bis zu zwei Jahren verlängert werden kann. Die fünfjährige Frist soll zugleich zwei Jahre nach ihrem Beginn überprüft werden, um sie möglicherweise nach jeweiligem Erlassen der einzelnen Mitgliedstaaten zu verkürzen. Für die Beitreitskandidaten Zypern und Malta soll die Arbeitnehmerfreizügigkeit allerdings sofort gewährt werden. Die Kommission folgt damit Bundeskanzler Gerhard Schröder, der besonders vehement siebenjährige Übergangsfristen bei der Freizügigkeit von Arbeitnehmer/innen aus Polen, Litauen oder Ungarn gefordert hatte. Das „flexible“ Modell der Kommission könnte zur Folge haben, dass zum Beispiel Deutschland die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Osteuropäer sieben Jahre lang nicht gewährt, während Portugal sie nur für zwei Jahre ausschließt.

Der neue Vorschlag zur Arbeitnehmerfreizügigkeit bildet den bislang krönenden Abschluss einer insgesamt zynischen Strategie zur EU-Osterweiterung. Den ost- und mittelosteuropäischen Beitreitsstaaten wird ein Beitritt zweiter Klasse angedient. Bereits mit der Agenda 2000 wurde deutlich, dass die EU völlig unzureichende Mittel bereitstellen will, um einen umwelt- und sozialverträglichen Strukturwandel in Osteuropa zu fördern. Die geforderte Übernahme des geltenden Gemeinschaftsrechts in der Agrar-, Wirtschafts-, Haushalts- und Wettbewerbspolitik wird einen Strukturwandel forcieren, der mit massiven Arbeitsplatzverlusten in der Landwirtschaft, bei Kohle, Stahl und Werften verbunden ist. Mit den Folgen dieses Anpassungsprozesses sollen die Osteuropäer alleine fertig werden. Die Tür in die EU der 15 soll für ihre Arbeitnehmer/innen bis zu sieben Jahren verschlossen werden können. Die Ungleichbehandlung gegenüber den südeuropäischen Beitreitskandidaten springt ins Auge.

Welche Strategie für die Osterweiterung?

Wir plädieren für einen deutlichen Kurswechsel in der Erweiterungsstrategie.

Statt ein marktradikales Programm in Osteuropa fortzusetzen, muss die EU Bedingungen schaffen, einen sozial- und umweltverträglichen Strukturwandel in den Beitreitsstaaten zu fördern, umweltverträgliche Ersatzarbeitsplätze in neuen Sektoren gegenüber den schrumpfenden Altindustrien zu schaffen und adäquate soziale Standards zu gewährleisten. Es ist doch beispielsweise absurd, von den Osteuropäern zu verlangen, jene gemeinschaftliche Agrarpolitik bei sich vollständig umzusetzen, die bei uns angesichts von BSE- und MKS-Krisen zu Recht grundlegend hinterfragt wird. Ein Umschwenken der EU auf naturnahe und ökologische Landwirtschaft würde auch den Beitreitsstaaten helfen, die bei der Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands erwarteten Beschäftigungsverluste in der Landwirtschaft deutlich zu begrenzen. Der ökologische Landbau erfordert bekanntlich zwischen 11 und 30 Prozent mehr Beschäftigte als der konventionelle Anbau.

In den nächsten zehn Jahren muss die EU ihren Haushalt deutlich erhöhen, um gezielte Aufbaumaßnahmen in der Industrie-, Struktur- und Regionalpolitik auch in den Beitreitsstaaten zu ermöglichen. Der Strukturwandel in Osteuropa muss zum Neuaufbau von Arbeitsplätzen im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung hingelenkt werden, damit die osteuropäischen Regionen qualifizierte junge Arbeitskräfte halten, nachhaltige Infrastrukturen aufzubauen und ihr eigenständiges wirtschaftliches Potenzial entfalten können. Übergangsfristen in den Bereichen der Wettbewerbs-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik sowie bei den Konvergenzkriterien für die Währungsunion könnten den osteuropäischen Staaten helfen, den nötigen Strukturwandel beschäftigungsintensiver und umweltverträglich zu gestalten. Die Umsetzung des sozialpolitischen *acquis communautaire* muss in den Beitreitsverhandlungen hingegen Vorrang erhalten. Nur so lässt sich verhindern, dass die Osterweiterung zu einem umfassenden Sozialdumping führt, welches dann auch für die gegenwärtigen Mitgliedstaaten fatale Konsequenzen hätte.

1. Aufbau Ost und Sonderaktionsprogramm für die Grenzregionen

Die strukturschwachen ostdeutschen Bundesländer sind von der EU-Osterweiterung in besonderem Maße betroffen. Es gilt, den Abwärtstrend Ostdeutschlands zu stoppen, wenn die Menschen in dieser Region nicht erneut zu den Hauptleidtragenden eines erweiterungsbedingten

Strukturwandels werden sollen. Wir fordern gerade jetzt ein neues Aufbauprogramm Ost im Sinne des Rostocker Manifests der PDS, um Ostdeutschland für die Erweiterung fit zu machen und die Voraussetzungen für eine grenzüberschreitende Kooperation mit den osteuropäischen Nachbarregionen zu schaffen.

Die Übergangszeit bis zu den ersten Beitreten (wahrscheinlich) im Jahr 2004 hat im Grunde schon begonnen. Bereits jetzt besteht ein hoher Handlungsbedarf, denn der Druck auf die Grenzregionen wird sich speziell im Osten Deutschlands mit seiner sehr hohen Arbeitslosigkeit durch das Aufeinandertreffen mit gleichfalls strukturschwächeren Regionen verstärken, da sehr unterschiedliche Lebenshaltungskosten, Sozialstandards und -abgaben bestehen. Nötig ist ein Sonderaktionsprogramm sowohl für die Grenzregionen in Ostdeutschland und Bayern als auch für Polen, Tschechien etc. mit einem ganzheitlichen Ansatz, das flächendeckende Globalzuschüsse zur Umsetzung integrativer operationeller Programme der Struktur- und Regionalförderung in den betroffenen Grenzregionen bereitstellt. Dies beinhaltet eine globale Gemeinschaftsfinanzierung, die über die in den Bestimmungen der Strukturfonds (EFRE, ESF, EAGFL) und ihre Zielgebiete hinausgeht. Die Mittel müssen in den Grenzregionen auch außerhalb des enger definierten geografischen Einsatzbereiches der Fonds eingesetzt werden können.

Auf EU-Ebene müssten analog der Verordnung für ultraperipherie Regionen die geforderten Eigenanteile zur Kofinanzierung für Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) ebenso verringert werden wie diejenigen des Europäischen Sozialfonds (ESF). Die grenzüberschreitenden EU-Programme Interreg III und Phare gehören dringend vereinfacht. Auch hier ist ein erhöhter zielgerichteter Mitteleinsatz erforderlich, um grenzüberschreitende Aktivitäten besonders zu fördern. Für die kleinen und mittleren Unternehmen bedarf es spezieller betrieblicher Anpassungshilfen durch eine Lockerung der beihilferechtlichen Regelungen. Auf der Ebene der Mitgliedstaaten könnte die Bundesregierung beispielweise Sonderabschreibungen bei Investitionen in Grenzlandregionen einführen oder bundesweit die Mehrwertsteuer für Dienstleistungen absenken, damit kleine und mittlere Betriebe mit billigeren Konkurrenten eher mithalten können. Es gibt ferner eine hohe Verantwortung der Bundesregierung, den interkulturellen Austausch viel stärker zu för-

dern. Das hieße, sich gezielt für eine EU-Förderung von Kultur- und Bildungsprojekten in den Regionen einzusetzen.

Die Zusammenarbeit kann auf den bereits bestehenden Euregio-Strukturen aufbauen. Regionale Entwicklungspläne für die Euregios können von gemeinschaftlichen Regionalkonferenzen aufgestellt und ihre Umsetzung überwacht werden. Dabei sollten jedoch nicht nur die traditionellen Akteure wie Verwaltungen, politische Mandatsträger, Wirtschaftskammern und Gewerkschaften einbezogen werden, sondern darüber hinaus ein breiteres Spektrum zivilgesellschaftlicher Akteure wie Umweltverbände, Sozial- und Erwerbsloseninitiativen, Frauenprojekte, Wohlfahrtsverbände. Die Integration und gemeinschaftliche Entwicklung der Grenzräume kann so durch themenspezifische grenzübergreifende Kooperationsnetzwerke gefördert und operationalisiert werden. Bezüglich der Pendler in den Grenzregionen sollten bereits vor dem Beitritt flexible Quotenregelungen für ausgewählte Problembranchen verbunden mit einem begleitenden Monitoringsystem in den Euregios vereinbart werden mit dem Ziel, bis zum Beitritt durch eine schrittweise Öffnung der Pendlerkontingente die Bedingungen für eine vollständige Freizügigkeit der Pendler zu schaffen. (...)

3. Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit

Freizügigkeit von Arbeitnehmer/innen ist eine der wichtigsten Grundfreiheiten, denen sich die Union seit Jahrzehnten verpflichtet fühlt. Artikel 39 des EG-Vertrages schreibt fest: „Innerhalb der Gemeinschaft ist die Freizügigkeit der Arbeitnehmer gewährleistet. Sie umfasst die Abschaffung jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen.“ Vor wenigen Wochen, auf dem Gipfeltreffen in Nizza, haben die EU-Staats- und Regierungschefs mit der feierlichen Proklamation der Grundrechte-Charta der Europäischen Union auch das in Artikel 15 (2) der Charta fixierte individuelle Freiheitsrecht jeder Unionsbürgerin und jedes Unionsbürgers anerkannt, „in jedem Mitgliedstaat Arbeit zu suchen, zu arbeiten, sich niederzulassen oder Dienstleistungen zu erbringen.“

Bemerkenswert ist, dass Erweiterungskommissar Verheugen für Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit plädiert, obwohl seiner Meinung nach „ernsthafte Störungen des Arbeitsmarktes durch Zuwanderung nach einer Erweiterung der EU eher unwahrscheinlich sind.“ Dies ist auch das Fazit der meisten Studien zur Zuwanderung im Rahmen der Osterweiterung. Demnach kann Deutschland mit einer Zuwanderung von jährlich rund 220 000 Personen aus den 10 osteuropäischen Beitrittsstaaten rechnen, die jedoch im Verlauf von 15 Jahren schritt-

weise deutlich abnimmt (2005: 162 000; 2010: 95 500). Nur 35 Prozent der Zuwandernden wären dabei Arbeitnehmer/innen. Da nicht alle 10 Kandidatenstaaten der EU gemeinsam beitreten, ist das Zuwanderungspotenzial bei den ersten Beitritten zudem deutlich geringer.

Alle ernstzunehmenden Fachleute meinen völlig zu Recht, mit Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit wird kein einziges soziales oder ökonomisches Problem gelöst, sondern im Grunde nur vertagt. Eine neue Studie der UNO geht davon aus, dass die EU zwischen 2005 und 2010 eine jährliche „Netto-Migration“ von 550 000 Arbeitskräften braucht. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat sogar eine Nettozuwanderung von jährlich 800 000 Personen im Zeitraum 2020 bis 2040 nach Deutschland erwogen, um die Einwohnerzahl in der Bundesrepublik in etwa konstant zu halten. Moderate Schätzungen gehen von einer nötigen Nettozuwanderung von jährlich 300 000 Menschen aus. Das Zuwanderungspotenzial der Osterweiterung hält sich durchaus in diesem Rahmen. Für die EU und für Deutschland insgesamt gibt es somit keine triftige Begründung, die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die ost-europäischen Beitrittsstaaten mit generellen Übergangsfristen zu beschränken.

Schockartige Veränderungen auf den Arbeitsmärkten der Grenzregionen vorwiegend durch Zunahme der Grenzpendler in einem Einzugsbereich von etwa 150 Kilometern bilden den einzigen realen Problembereich bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Hier sind differenzierte regionale Lösungen gefragt. So könnten die Bundesländer mit ihren jeweiligen Kooperationspartnern auf der osteuropäischen Seite (zum Beispiel Zachodniopomorskie, Lubuskie, Dolnosłaskie in Polen, Seerozapad, Jihozapad usw. in Tschechien) Sicherungsklauseln mit arbeitsmarktpolitischen Schwellenwerten für bestimmte Branchen vereinbaren. Bis zum Erreichen der entsprechenden Schwellenwerte würden Arbeitserlaubnisse automatisch erteilt. Ist eine Überschreitung in Sicht, müssten die jeweiligen Kooperationspartner in Verhandlungen eintreten, wie sie durch gemeinsame Anstrengungen und gegebenenfalls Restriktionen arbeitsmarktpolitische Verwerfungen verhindern können. Die Sicherungsklauseln könnten von den Ländern zusammen mit ihren Partnern in eigener Regie gehabt werden. Für eine solche differenzierte regionale Lösung könnte eine Übergangsfrist von zwei bis drei Jahren nach dem Beitritt vereinbart werden. Die Europäische Gemeinschaft kennt seit 1968 dieses Instrumentarium von Sicherungsklauseln, in der Praxis musste sie es allerdings nie anwenden.

Ernstere Fragen ergeben sich im Bereich der Dienstleistungsfreiheit. Wir alle kennen die Probleme mit spanischen, portugiesischen, britischen oder polnischen Subunternehmern auf deutschen Baustellen, die häufig mit massiven Lohn-

und Sozialdumping, einem tagtäglichen Gegeneinanderausspielen inländischer und ausländischer Beschäftigter verbunden sind. Mit der EU-Entsederichtlinie und dem bundesdeutschen Arbeitnehmerentsendegesetz sind wichtige Regelungen u.a. zu Mindestlohn und Urlaub geschaffen worden, die für einheimische wie „entsendete“ Arbeitskräfte von Unternehmen anderer Mitgliedstaaten in gleicher Weise zu gelten haben. Hier wären die noch bestehenden Unterschiede bei den Mindeststandards für deutsche und EU-Entsendeunternehmen aufzuheben, d.h. die volle Teilnahme der EU-Entsendeunternehmen an allen Lohnnebenleistungen einzuführen.

Durch illegale Praktiken und Rechtsbrüche meist von Subunternehmern werden Entsenderegelungen allerdings beständig unterlaufen und Schwarzarbeit befördert. Bußgeldbescheide deutscher Behörden haben oft keine Wirkung, weil sie in anderen Mitgliedstaaten nicht verfolgt werden können. Deshalb muss die EU noch vor dem Beitritt der osteuropäischen Kandidatenstaaten einen gemeinsamen Rechtsraum schaffen, der die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kontrollinstanzen und die Sanktionierung von Verstößen gegen nationale Entsenderegelungen ermöglicht. Die Praxis der nationalen Behörden muss auf konsequente Verfolgung von Verstößen und auf eine effektive Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten ausgerichtet werden.

Wir meinen deshalb: Wer die Sorgen der Menschen vor Sozialdumping und Arbeitslosigkeit ernst nimmt, muss wirklich etwas zur Verbesserung ihrer sozialen und ökonomischen Lage unternehmen – in Ost wie West. Wir wenden uns gegen eine Politik der Bundesregierung, die mit dem Getöse um die Arbeitnehmerfreizügigkeit nur Ressentiments schürt und womöglich Bürgerinnen und Bürger aus den Beitrittskandidatenländern für eine verschlechterte soziale und ökonomische Situation in Deutschland indirekt verantwortlich macht. Die Themen Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit können nicht isoliert von der marktliberalen wirtschaftspolitischen Beitrittsstrategie der EU betrachtet werden. Wer von den Ost-europäern zunächst eine gigantische Strukturpassung mit mehr Arbeitslosen und höherem Migrationsdruck verlangt, um sie anschließend für sieben Jahre hinter einem neuen Eisernen Vorhang wegzuschließen, hat mit einem sozialen Europa offensichtlich nichts im Sinn. Gegen diesen Zynismus fordern wir einen sozial-ökologischen Kurswechsel in der gesamten Erweiterungsstrategie.

Wir sollten nicht zulassen, dass sich EU-Kommission und Bundesregierung aus ihrer Verantwortung stehlen und hinter der Forderung nach Übergangsfristen für Arbeitnehmer/innen ihre Untätigkeit verstecken. Ein so zentrales Grundrecht wie die Freizügigkeit darf mit der Erweiterung nicht geopfert werden.

Sozialistische Partei zum Euthanasie-Gesetz

Gegen den Euthanasie-Gesetzentwurf der Regierung stimmte am 9. April 2001 in der Ersten Kammer des niederländischen Parlaments neben Christdemokraten auch die linke Sozialistische Partei (SP). Bob Ruers, einer der beiden SP-Senatoren, begründete in der Debatte im Senat die Haltung der Partei. Im Folgenden sind die Einleitung und die ersten drei Punkte seines Debattenbeitrags zusammengefasst, die beiden letzten Punkte vollständig wiedergegeben. *rok*

Bob Ruers erklärte, dass in der großen Bandbreite der Positionen in der Euthanasiefrage die Sozialistische Partei (SP) weder am einen noch am anderen Ende des Spektrums stehe. Euthanasie solle nicht unmöglich sein. Andererseits gehe die jetzige Erweiterung der Euthanasiepraxis zu schnell und zu weit, was mit folgenden Gesichtspunkten begründet wurde.

Erstens die Daten über die gemeldeten Euthanasiefälle. Die Regierung begründete das Gesetz mit der Erwartung, dass die Zahl der Meldungen dadurch steige und sich der Realität annähre. Tatsächlich seien aber in den beiden letzten Jahren trotz der Liberalisierung der Euthanasie die Meldungen zurückgegangen. Und es sei unklar, ob dahinter weniger Meldungen oder weniger Fälle oder beides stünden. Hier müssten erst weitere Erfahrungen gesammelt werden.

Zweitens die Erweiterung der Rolle der 1998 eingeführten Prüfungskommissionen aus einem Arzt, einem Juristen und einem Ethikexperten. Die Euthanasie bleibe zurecht weiterhin grundsätzlich verboten. Aber warum werde dann die Staatsanwaltschaft ausgeschaltet, indem eine Meldung – auch bei kritischen Fällen – nur noch an die Prüfungskommission erfolge?

Was drittens die Willenserklärung des Patienten angehe: Hier verlangt das Gesetz einen freiwilligen und wohlüberleg-

ten Entschluss und ein aussichtsloses und unerträgliches Leiden. Bob Ruers begrüßte, dass die Regierung hier in zunehmendem Maße Sorgfaltspflichten formuliert und den Arzt zu einer eigenen Feststellung der Voraussetzungen verpflichtet habe. Es sei gut, dass die Regierung nicht anderen Positionen gefolgt sei, die die Willenserklärung des Patienten zum allein maßgeblichen Kriterium machen wollten. Und schließlich ...

„4. Soziale Dimension“

In meiner Einleitung sagte ich schon, dass ich namentlich diesen Aspekt bei vielen Reaktionen auf den Gesetzesvorschlag vermisst habe. Der Sinn im Leben und das Bedürfnis nach Überleben oder Weiterleben kann nach meiner Meinung nicht losgelöst gesehen werden von den Umständen, unter denen man lebt, der Gesellschaft, in der man lebt, der Qualität des Lebens. Es ist offenkundig, dass das Leben durch individuelle Faktoren bestimmt wird, worauf die Gesellschaft wenig Einfluss hat. Das ist eine unverkennbare Tatsache. Aber ebenso wenig kann weg gewischt werden, dass ein einzelner Mensch nur in Beziehung zu seiner Umgebung, zur Gesellschaft um ihn oder sie herum existieren kann. Allerhand Einflüsse der Gesellschaft wirken auf den Sinn des Lebens und des Weiterlebens ein.

Man könnte das kurz gesagt als die soziale Dimension umschreiben. Zu den Einflüssen aus der Umgebung, die auf jeden Menschen einwirken, zählen auch die wirtschaftlichen Faktoren, die in der Gesellschaft immer stärker zur Geltung kommen. Alles wird bewertet nach wirtschaftlicher Bedeutung, nach Geld, Rendite, wirtschaftlicher Produktivität. Entspricht man dem nicht mehr, dann zählt man plötzlich viel weniger oder nichts mehr und hat man viel weniger zu sagen. Das gilt nicht nur für Ältere, sondern

auch für Menschen, die aus anderen Gründen im Wirtschaftsprozess nicht mehr oder nicht mehr so gut mithalten können: Kinder, Behinderte, Kranke.

Wo es nun speziell über die Älteren, oft Kranke, geht, spielt die Qualität des Zusammenlebens eine besonders große Rolle, gewiss dort, wo man hilfsbedürftig ist, wo man Pflege braucht. Eine Situation, die sehr viele am Ende ihres Lebens mitmachen. Und für Gesundheitswesen, Pflege, Unterstützung, Betreuung usw. braucht man seine Umgebung, die Gesellschaft. Nach meiner Meinung ist es deshalb eine feststehende Tatsache, dass die Qualität des Zusammenlebens, der Fürsorge, der Umgebung den Bedarf an Euthanasie am Ende des Lebens direkt oder indirekt beeinflusst. Die Umstände können, wenn sie gut sind, positiv wirken und die Nachfrage nach Euthanasie verringern, und negativ wirken und die Nachfrage nach Euthanasie verstärken. Und dann muss ich leider feststellen, anders als die Regierung uns glauben machen will, dass gerade im Sozialbereich die Gesellschaft als Ganzes in den letzten Jahren schwer niedergegangen ist. In der erneuten Begründung des Gesetzentwurfs an die Erste Kammer schreibt die Regierung als Antwort auf Fragen der PvdA(Partei der Arbeit)-Fraktion: „Wir unterstreichen sowohl die Bedeutung des Schutzes des menschlichen Lebens als den Respekt vor dem Wunsch schwer leidender Menschen, auf eine für sie würdige Weise sterben zu können. Wir meinen, dass in unserer Gesellschaft nie das Klima entstehen darf, in dem Menschen sich gleichsam gezwungen sehen, um die Beendigung des Lebens zu ersuchen, weil sie sich überflüssig und als eine Last für andere fühlen.“

Auf Fragen unserer Fraktion antwortete die Regierung mit folgender bemerkenswerter Feststellung: „Als das erste violette (sozialliberale, rok) Kabinett an-

Die Sozialistische Partei (SP)

wurde 1972 als „maoistische“ Partei gegründet, hat aber später von ausländischen Vorbildern Abstand genommen. Konzentriert auf Hilfe an der Basis, hat sie sich an „Stadtteilbewohner, Mieter, Verbraucher und Arbeitnehmer“ gewandt und einzelne eigene medizinische Zentren eingerichtet. Lange Zeit war sie eine „Föderation lokaler Abteilungen“. 1986 zählte die SP 40 Gemeinderatsmitglieder, Kandidaturen zum Parlament blieben ohne Erfolg. 1991 nahm die Partei vom „Marxismus-Leninismus“ Abstand, bestimmte ihren Standpunkt als „sozialistisch“ und formulierte ein „Mindestprogramm für so-

zialistische Niederlande“. Zentrale Lösung für die Parlamentswahlen wurde „Stimm dagegen, stimm SP“, die Tomate wurde Parteisymbol. 1994 erhielt die SP zwei Sitze in der Kammer, 1995 den ersten Sitz im Senat. Ein Zustrom neuer Leute machte sie zur viertstärksten Partei der Niederlande. Seit 1998 hat sie eine fünfköpfige Fraktion in der Kammer und seit 1999 zwei Senatoren und einen Sitz im Europaparlament. Das rasche Wachstum warf aber auch Probleme auf, ältere und neue Parteimitglieder prallten teilweise zusammen, „das quantitative Wachstum drohte in qualitative Verluste zu münden“. Auf zwei Parteikongressen 1999 wurde daraufhin

der örtlichen Politik wieder stärkeres Gewicht gegeben und ein neues Grundsatzzprogramm verabschiedet.
(Angaben aus: Geschichte der SP aus der Vogelschau. www.sp.nl)





trat, traf es eine Situation in Pflege- und Versorgungsheimen an, die dringend der Verbesserung bedurfte. Das Kabinett hat sich dann sofort eingesetzt, um die Kapazität und die Qualität von Pflege- und Versorgungsheimen zu verbessern. Das geschah durch Verringerung der Mehrpersonenzimmer und durch die Anregung von anderen Formen von Fürsorge. Die Lebensqualität der Bewohner von Versorgungs- und Pflegeheimen ist unseres Erachtens deutlich verbessert. Die Bettenzahl pro Zimmer und die Wartelisten in der Pflege nehmen ab. An diesen Mängeln und Rückständen wird also, nicht ohne Ergebnis, hart gearbeitet. Wir können nicht ausschließen, dass ein Ersuchen um Euthanasie durch einen Mangel an Zuwendung und Fürsorge veranlasst wird. Hierzu haben wir vorgegeben, dass ein Arzt dann immer alles unternehmen muss, um das tatsächliche Motiv eines Erscheinens zu ermitteln.“

Ich stelle aber fest, dass dieses Bild von der Praxis in den Pflege- und Versorgungsheimen nicht mit dem Bild zusammenpasst, das wir und mit uns viele andere hiervon haben. Nach unserer Meinung ist der Kahlschlag in der Fürsorge, der in den letzten 10 Jahren entstanden ist, so ernster Art, dass gerade dadurch in unserer Gesellschaft das Klima entstanden ist, in dem sich manche überflüssig und als Last für andere fühlen. Ich verknüpfe das mit der Aussage der früheren Ministerin Sorgdrager in (der Zeitung) *Trouw* im vorigen Jahr, wo sie als Vorsitzende der Prüfungskommission bemerkt: „Manchmal sehen wir eine Akte, bei der die Vermutung aufkommt, dass um Euthanasie gebeten wird, weil es nichts anderes gibt, weil das Krankenhaus den Patient nach Hause schickt mit der Mitteilung, dass nichts mehr getan werden kann, und darauf kurzfristig keine häusliche Pflege und kein Bett in einem Pflegeheim zur Verfügung steht. Ich weiß auch nicht sicher, ob es keine Euthanasiefälle gibt, bei denen nach Euthanasie gefragt wird, weil der Patient das Gefühl hat, dass er der Umgebung zur Last fällt.“

Und wenn sogar eine Prüfungskommission das schon feststellt, dann ist es doch nicht verwunderlich, dass die SP eine Verbindung herstellt zwischen der Frage nach Euthanasie und den Verhältnissen, der sozialen Dimension, dem Abbau der Fürsorge, der Betreuung und der palliativen Pflege. Nach Meinung der SP-Fraktion muss der Staat, der hier eine wesentliche und vorrangige Aufgabe hat, für ein sehr gutes Fürsorgesystem sorgen, in dem ein positives Klima geschaffen wird. Diese Voraussetzung muss nach Meinung der SP gegeben sein, wenn wir von einer verantwortlichen Euthanasiepolitik und von einer verantwortlichen Euthanasiegesetzgebung sprechen können wollen.

Insbesondere plädiert die SP in diesem Zusammenhang für mehr palliative Pflege. Die SP hat die Regierung aufgefordert, palliative Beratung vor einer Euthanasie obligatorisch zu machen. Wir finden besonders enttäuschend, dass die Regierung diesen Vorschlag nicht übernehmen will, um so mehr, als die Regierung nun selbst ausführt, dass die Umstände, die soziale Dimension, großen Einfluss auf die Nachfrage nach Euthanasie haben.

5. Schlussfolgerungen

Das zuvor Gesagte sollte deutlich gemacht haben, dass auch die SP mit den vielen Dilemmas weiter an diesem Gesetzesantrag ringt. Dass noch sehr viel in Entwicklung ist und bedeutende Fakten und Zahlen noch wenig bekannt sind. Dass die Sache so ernst ist, dass nach unserer Auffassung äußerste Vorsicht und Zurückhaltung geboten sind. Das soll nicht heißen, und dieses Missverständnis will ich ausdrücklich ausräumen, dass wir nicht jedermann Beschluss über sein oder ihr Leben respektieren. Wir wollen auch bei niemandem Maß nehmen. Allerdings wollen wir warnen vor einer zu leichtfertigen Behandlung des Themas Leben und Tod. Es gibt so viele Interpretationen des Themas, als es Menschen gibt, wie sich auch aus den vielen Briefen gezeigt hat. Es berührt Menschen in ih-

ren tiefsten Gefühlen und Überzeugungen. Ein Gebiet, wo das Gesetz durchweg zu kurz greift.

Helfen bei der Beendigung des Lebens auf Ersuchen und Hilfe bei der Selbsttötung, so dass ein guter Tod möglich wird, wenn tatsächlich von unerträglichem und aussichtslosem Leiden die Rede ist, das ist für die SP keine Diskussion. Das muss möglich sein, auch das ist eine Form von Zivilisation. Aber auf der anderen Seite darf Euthanasie niemals ein gewöhnliches, alltägliches Phänomen werden. Etwa, für das man sich gerade entscheidet oder nicht entscheidet. Ganz oben muss stehen und muss Gewohnheit sein, dass wir die menschliche Würde für jeden Menschen garantieren, in welcher Lebensphase er oder sie sich auch befindet. Daran sollten wir als ganze Gesellschaft arbeiten müssen. Auf diesem Feld gibt es freilich noch sehr viel Arbeit zu bewältigen. Viel mehr, als die Regierung zugeben will. Wenn wir für die menschliche Würde sorgen, ist das der beste Beitrag zu einer menschlichen und verantwortlichen Euthanasiepraxis.

Türkei: Zwei weitere Tote im Todesfasten

Am 6.5. haben zweite weitere Menschen im Todesfasten ihr Leben verloren. Mit dem Tod von Cafer Tayyar Bektas und Hüseyin Kayaci ist die Zahl der Toten auf 22 gestiegen.

Die Angehörigen der todesfastenden Gefangenen wenden sich in einem Aufruf „an alle, die sich gegen die F-Typ-Gefängnisse stellen und weitere Tote verhindern wollen“:

„1. Die F-Typen sind Gefängnisse des Internationalen Währungsfonds (IWF) und zielen auf Isolation ab. Isolation ist inakzeptabel und muss auf der Stelle abgeschafft werden.

2. Die Forderungen der Gefangenen sind nicht inakzeptabel, sondern menschlich und demokratisch. In diesem Sinne muss der Staat zur Lösung der Lage sofort Gespräche mit den Vertretern der Gefangenen aufnehmen.

3. Die Gefangenen haben zu Beginn des Todesfastens offiziell erklärt, dass sie keinen medizinischen Eingriff akzeptieren werden. Ungeachtet dessen, ob sich die Gefangenen bei Bewusstsein befinden oder nicht, die Zwangsbehandlung muss beendet werden, um zu verhindern, dass Menschen dauerhaften Körperschäden ausgesetzt werden. Es ist ein Verbrechen an der Menschheit, durch Zwangsbehandlung Menschen zu verkrüppeln. Bei dem medizinischen Eingriff muss die offizielle Erklärung, die von den Widerständen vor Verlust ihres Bewusstseins abgegeben wurde, zur Grundlage genommen werden.

Es liegt in der eigenen Verantwortung des Staates, das Problem zu lösen und weitere Tote zu verhindern.“

Schwarze Schafe, weiße Westen

Baltasar Garzón ist Spaniens bekanntester Jurist. Der oberste Untersuchungsrichter hat Augusto Pinochet mit Haftbefehl suchen lassen, was ihm Sympathien bei Menschenrechtler verschaffte. Aber in Spanien ist er federführend bei der Kriminalisierung des legalen baskisch-linksnationalen Politikspektrums. Mitte April verhörte Baltasar Garzón einen prominenten Untersuchungsgefangenen: Pepe Rei, der als Journalist in den Diensten der Organisation „ETA-KAS“ stehen würde und teilnehmen würde an der Formierung „eines Staates parallel zum Spanischen.“

Pepe Rei ist Chefredakteur der Zeitschrift Ardi Beltza, Schwarzes Schaf, der seit Monaten in spanischen Medien Unterstützung von ETA vorgeworfen wird.

Garzón teilte ihm mit, dass nun nicht mehr wegen Unterstützung einer terroristischen Bande, sondern wegen Mitgliedschaft in selbiger gegen ihn ermittelt werde. Garzón begründete dies mit angeblichen Erkenntnissen aus einer Großrazzia vom 5. März. Die richtete sich gegen die baskische Jugendorganisation Haika, welche vom spanischen Innenminister als „Terroristenschule der ETA“ bezeichnet wird. Unter dem Codenamen „Schlangenbrut“ – Axt und Schlange bilden das Symbol von ETA – fanden Dutzende Hausdurchsuchungen statt, 15 Mitglieder von Haika, alle 20-26 Jahre alt, sitzen seitdem in U-Haft.

Kaum jemand wundert sich darüber, dass Pepe Rei jetzt plötzlich Mitgliedschaft in der ETA mit diesen angeblichen Erkenntnissen unterstellt wird. Die Willkür, mit der Pepe Rei strafbare Handlungen vorgeworfen werden, hat Methode. Pepe Rei ist seit Jahrzehnten ein bekannter Zeitungsmacher, der sich für die staatliche Unabhängigkeit des Baskenlandes einsetzt und investigativen Journalismus betreibt. Er sitzt zum vierten Mal in U-Haft, dreimal musste er bereits aus Mangel an Beweisen freigesprochen werden. Denn alles, was ihm vorgeworfen werden konnte, waren seine Artikel und seine Recherchen. Da in Spanien die formelle Pressefreiheit gilt, wurde ihm vorgeworfen, mit seinen Recherchen ETA zuzuарbeiten, um ihn zu kriminalisieren. Garzón wirft ihm vor, mit der Veröffentlichung von Informationen über bestimmte Personen und deren Lebensgewohnheiten der ETA Ziele vorzugeben. So heißt es in der Anklageschrift, von 400 in Ardi Beltza im letzten Jahrgang namentlich kritisierten Personen hätten sich 116 auf Listen von ETA mit potentiellen Anschlagszielen wiedergefunden. Das wird als Beweis gehandelt, obwohl jedem klar sein kann, dass die genannten Personen –

Politiker, Journalisten, Industrielle – so exponiert sind, dass es keines Zeitungsartikels bedarf, damit ETA sie als eines ihrer zahlreichen Anschlagsziele in Erwägung zieht.

Kein Vorwurf gegen Ardi Beltza und Pepe Rei ist zu absurd, um nicht gerichtsverwertbar zu sein. So beschlagnahmte die Guardia Civil mehrmals bei Festnahmen angeblicher ETA-Mitglieder Ausgaben von Ardi Beltza. Es wird suggeriert, dass Etarras die Ardi Beltza brauchen, um sich auszusuchen, wen sie als nächstes abknallen. Im Dezember ließ die Polizei verlautbaren, in einer ETA-Wohnung seien 12 Exemplare von Ardi Beltza gefunden worden. Ralf Streck, Mitarbeiter von Ardi Beltza, erklärte dazu: „Die Ausgaben von Ardi Beltza wurden in der Privatwohnung von Iñigo Muerza gefunden und nicht wie unterstellt in ei-

ner geheimen Wohnung, in der auch Waffen lagerten. Es handelte sich um zwölf verschiedene Ausgaben von Ardi Beltza, nämlich alle, die bis dahin erschienen waren. Dass Muerza überhaupt ETA-Mitglied war, muss im übrigen erst noch bewiesen werden. Inzwischen wurde einer der fünf Personen, die in diesem Zusammenhang festgenommen wurden, wieder aus der U-Haft entlassen.“

Ardi Beltza brachte im November auch ein Video heraus: „Journalisten – Das Geschäft des Lügens“. Darin werden spanisch-nationale Journalisten dafür kritisiert, dass sie die Verfolgung aller Sympathisanten von ETA fordern und die Propaganda des spanischen Innenministeriums gegen ETA und die legale baskische linksnationale Bewegung übernehmen. Das Video enthält vier entlarvende Interviews mit bekannten Journalisten: „Garzón hatte Recht, egin zu verbieten“ (Carmen Gurruchaga), „Gara ist eine terroristische Tageszeitung“ (Fernando Jaurregui), „Pepe Rei ist eine Kanaille, ein Schwachsinniger“, „Der Vogel Pepe Rei saß ja schon mal wegen Kollaboration mit der bewaffneten Bande ETA im Gefängnis“ (Luis del Olmo). Das Zusammenspiel von Staat und staatsnahen Medien wird deutlich. Am Schluss des Videos heißt es: „Lügen, Manipulationen – alles wird gegen dieses Volk eingesetzt. Am Ende wird – bedauerlich für die Medien – das Baskenland sein, was es sein will, und die Leute werden frei über ihr Leben entscheiden.“

Zwei Tage nach dem Erscheinen verübte ETA auf eine der in dem Video genannten, Aurora Intxausti, ein Attentat. Danach empörten sich die in dem Video aufgeführten Journalisten, ihre Medien – alle großen – sowie die konservative PP-Regierung darüber, dass die für das Video Verantwortlichen Mitschuld an dem Anschlag seien. Am 19. Januar wurde Pepe Rei, der Produzent des Videos, verhaftet. Öffentliche Aufführungen des Videos wurden auf Betreiben der Staatsanwaltschaft am Staatsgerichtshof verboten und unterbunden, Ermittlungen gegen Organisationen eingeleitet, welche Vorführungen organisierten. In Barcelona fanden im März Hausdurchsuchungen statt, um Videokopien zu beschlagnahmen.

Pepe Reis Freilassung zu fordern ist wichtig. Ohne ihm bei seinem nationalen Pathos zuzustimmen, etwa wenn er in Ardi Beltza aus dem Knast schreibt: „Die Zukunft gehört uns ... Der Leser wird sehen, dass, wenn alle Möglichkeiten gut genutzt werden, diese Vorfälle nur das Vorspiel zur Unabhängigkeit sind.“

Gaston Kirsche (gruppe demontage)

Kontakt: Ardi Beltza, Apartado de Correos 5083, E-48009 Bilbao, Spanien. Telefon: 0034/94/661.14.15. Oder: ardiak@teleline.es
Das Video „Periodistas: El Negocio de Mentir“, 43 min, Spanisch, kostet 2.600 Peseten. Ein Jahresabo von Ardi Beltza kostet 14.000 Peseten.

Bilder und Kurzberichte vom 1. Mai

AUSLANDS
NACHRICHTEN

London. Mit einem Aufgebot von 10.000 teils berittenen Polizisten wappneten sich die Herrschenden gegen die erwarteten Demonstrationen (seit den 80er-Jahren ist der 1. Mai hier kein Feiertag mehr). Diese verteilten sich über die ganze Stadt. Die Idee war, dort zu agieren, wo gewerkschaftsfeindliche, umweltzerstörende und tyrannenfrendliche Unternehmen sitzen. So versammelten sich frühmorgens Radfahrer an verschiedenen Bahnhöfen, radelten von dort zum Euston Square und blockierten immer wieder den Verkehr. Obdachlose errichteten im Hyde Park eine zum Hotel er-



klärte Karonhütte. Vor Banken standen Pikette, an verschiedenen Orten fanden Sit-Ins statt, ebenso eine Demonstration an der Universität, zwei Überwachungskameras wurden aus Protest gegen die fast vollständige Überwachung zerstört. Am Oxford Circus (Bild) kesselte die Polizei schließlich rund 600 Menschen 6 Stunden lang ein.

Türkei. Im Zentrum der Demonstrationen – in Istanbul demonstrierten, seit Jahren an den Strand verdrängt, ca. 50.000, in Ankara 20.000 mit Parolen wie: „Wir sind das Volk, wir sind keine Herde – wir sind Arbeiter, keine Sklaven“ – standen Proteste gegen IWF, Weltbank und Privatisierung. In Istanbul gedachten die Kundgebungsteilnehmer der 34



Menschen, die am 1. Mai 1977 von türkischen Sicherheitskräften erschossen worden waren. Verschiedene Gruppen machten auf das Todesfasten der politischen Gefangenen aufmerksam (Bild). In den kurdischen Gebieten waren die Kundgebungen teilweise verboten, fanden jedoch an vielen Orten dennoch statt.



Australien. Tausende demonstrierten in Sydney, Melbourne, Brisbane, Adelaide und Perth gegen die „globale Unternehmertyrannei“, darunter auffallend viele Jugendliche. Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es in Sydney (Bild), nachdem Polizisten einen Demonstranten festnahmen, vor den Augen der Menge in einen Wagen verfrachteten und abtransportieren wollten.



Südkorea. In Seul protestierten rund 20.000 Menschen gegen die Restrukturierungsmaßnahmen der Regierung. Ihnen standen rund 15.000 hochgerüstete Polizisten gegenüber.



Taiwan. Im Zentrum der diesjährigen 1. Mai-Demonstration, an der sich in Taipeh Tausende beteiligten, stand die Massenarbeitslosigkeit.

Prozent, Schließung von 48 Pensionskas- sen, generelles Renteneintrittsalter mit 65 Jahren. Bisher lag das gesetzliche Pensionsalter bei 60 Jahren für Frauen und 65 Jahren bei Männern, aber je nach Branche und Bereich lag das Pensionsalter darunter. Die meisten Beschäftigten konnten mit 55 Jahren in Rente gehen. Von der „Reform“ wären die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Angestellte am heftigsten betroffen. Selbst die Hälfte der Abgeordneten in der Regierungspartei PASOK lehnten die Pläne ab.

Mit der Rentenreform wollte die Regierung Simitis ein Teil der Haushaltsdefizite auf die Beschäftigten abwälzen. Innerhalb einer Woche formierte sich der Widerstand, und die Gewerkschaften riefen zum Generalstreik auf. Dem Aufruf des Gewerkschaftsbundes GSEE schlossen sich die Interessensvertretung der öffentlichen Bediensteten ADEDY und die Fahrergewerkschaft an. Es streikten dann alle Bereiche des Öffentlichen Dienstes. Keine Bahnen oder Busse fuhren, Taxifahrer, Fluglotsen, Bankangestellte, Ärzte, Fabrikarbeiter, ja selbst die orthodoxe Geistlichkeit streikten, Radio- und Fernsehsender strahlten keine Programme aus, und am Freitag erschienen im ganzen Land keine Zeitungen. Die bürgerlichen Zeitungen brachten Karikaturen, in den Simits als KZ-Kommandant dargestellt wurde, der „Arbeiten bis zum Umfallen“ fordert. Die zentrale Demonstration fand in Athen statt. Am frühen Morgen hatte die Polizei zwei Gewerkschaftshäuser und die Demonstrationsroute zum Parlament abgeriegelt. Ohne die auch streikende Verkehrspolizei versank die Hauptstadt dann endgültig im Verkehrschaos. Mindestens 50.000 Demonstranten zogen unter der Parole „Rente für alle mit 55“ zum Parlament.

Von der Heftigkeit des Widerstandes überrollt, zog Simitis tags drauf die Rentenpläne zurück und erklärte, dass die Regierung einen „Dialog ohne Voraussetzungen“ mit den Gewerkschaften führen wolle.

rub

Quellen: Neue Zürcher Zeitung 27.4.01, Athener Zeitung 4.5.01, Griechenland aktuell 2.5.01

Auch der 1. Mai (Bild: Saloniki) stand im Zeichen des Kampfes gegen die Rentenreform

Zusammenstellung: scc



Griechenland: Generalstreik verhindert vorerst Rentenreform

Am 26. April legte ein Generalstreik gegen die geplante Rentenreform ganz Griechenland lahm. Ministerpräsident Simitis hatte eine Woche zuvor die neuen Rentenpläne seiner Regierung bekannt gegeben: Kürzung der Renten zwischen 16 bis 29

HAMBURG. Das Komitee gegen Isolationshaft „besuchte“ am 23. April die GAL, um die politische Öffentlichkeit aufzurütteln, zum Sterben der Gefangenen und zu den Bedingungen in den türkischen Gefängnissen nicht länger zu schweigen (*Bild*). Ähnliche Aktionen fanden in weiteren Städten statt. In der *taz Hamburg* und der kurdischen Zeitung *Politica* erschien eine Anzeige, in der es u.a. heißt: „Täglich ist mit neuen Toten zu rechnen. Über 100 Gefangene stehen an der Schwelle des Todes. Durch Zwangsernährung sind mehrere Gefangene zu Krüppeln geworden. Doch der türkische Staat reagiert nicht und zeigt keine Bereitschaft, auch nur über die Haftbedingungen zu verhandeln. Im Gegenteil ist in den nächsten Tagen eine erneute militärische Operation gegen die Gefangenen zu befürchten. Wir fordern alle politischen Gruppierungen, Parteien, Gewerkschaften, humanitären Organisationen und Initiativen sowie Einzelpersonen auf, aktiv zu werden. Schickt Protestfaxe und Mails an die verantwortlichen Stellen in der Türkei und in der BRD. Die Bundesregierung wird keinen Druck auf die Türkei ausüben, wenn sie nicht dazu gezwungen wird. Deshalb liegt es an uns, diesen Druck zu erzeugen. Versuchen wir, das Schweigen in den Medien zu brechen.“ *Lokalberichte Hamburg*



Demonstration gegen Abschiebungen – Gedenktafel am Flughafen

FRANKFURT A.M. Das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main ruft am 26. Mai, 12 Uhr, Terminal 1 Bereich A, zur Demonstration auf unter den Forderungen „Gegen das Verschweigen der Opfer. Sofortige Auflösung des Internierungslagers. Stopp aller Abschiebungen!“

Anfang Mai 2000 nahm sich Naimah Hadjar aus Algerien nach über achtmonatiger Haft im Internierungslager auf dem Frankfurter Flughafen aus Angst vor Abschiebung das Leben. Ende Mai 1999 kam der sudanesische Flüchtling Aamir Ageeb in einer Lufthansa-Maschine während der Abschiebung um. Anlässlich dieser Todestage und angesichts der geplanten Verschärfung der Abschiebepolitik – auf dem Flughafengelände soll eine zusätzliche „Rückschiebehaftanstalt“ gebaut werden – ruft das Bündnis zusammen mit VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen zu Protesten auf. Da die Flughafengesellschaft keinerlei Bereitschaft zeigte, auf die Bündnis-Forderung nach einem Platz für eine Mahntafel einzugehen, soll diese eigenverantwortlich in einer öffentlichen Aktion an einem geeigneten Platz im Frankfurter Flughafen aufgehängt werden.

www.aktivgegenabschiebung.de

Demonstration „Offene Grenzen und Bleiberecht für alle!“

BRAUNSCHWEIG. Im Dezember 2000 wurde Hussein Daoud von Braunschweig nach Syrien abgeschoben, jetzt kam die Nachricht vom syrischen Komitee für Menschenrechte über seinen Tod durch Folgen der Folter und das Fehlen ärztlicher Behandlung und Medikamente. Offiziell gibt es dazu keine Bestätigung. Aber seine Freunde befürchten das Schlimmste. Der Verein Kurdisch-Deut-

sche Freundschaft e.V. in Melle bei Osnabrück ruft deshalb zur Demonstration auf: „Die Lage nicht nur kurdischer Flüchtlinge in der BRD, deren Asylantrag abgelehnt wurde, ist unerträglich. Viele von ihnen müssen sich alle 2 Tage bei der Ausländerbehörde melden, nicht wissend, ob auch sie verhaftet und nach Syrien abgeschoben werden. Aus diesem traurigen Anlass wollen wir mit möglichst vielen Organisationen und Gruppen gegen die menschenverachtende und die Menscherechte verletzende Asyl- und Abschiebepolitik der Bundesregierung in Braunschweig demonstrieren. Und zwar am Samstag, den 12. Mai 2001.“

www.humanrights.de

Bürgerentscheid in Essen gegen die Schließung von zwei Bädern

ESSEN. In allen Stadtbezirken haben sich Unterstützungsgruppen gebildet, seit Anfang April finden regelmäßig Info-Stände statt, 500 Plakatstände stehen unübersehbar in der ganzen Stadt. CDU, FDP und REP, die den Beschluss zur



Schließung des Nöggerath- und des Kuhlhoffbades im Rat durchsetzen, sind von der Stimmung für den Bürgerentscheid offensichtlich überrascht. Prompt verbreitet CDU-Fraktionschef Britz in der Presse erneut Falschaussagen: Wenn der Bürgerentscheid erfolgreich sei, müsse an anderen Stellen im Sportbereich gespart werden. Tatsächlich spricht sich der Text des Bürgerentscheids eindeutig für den Erhalt aller Bäder und Sportstätten in Essen aus und enthält einen Vorschlag zur Finanzierung: Den Verkauf von einem Teil der RWE-Aktien. Aber die CDU hat was ganz anderes im Auge. Sie will die Olympiade nach Essen holen. Darum soll eine „Schwimmoper“ in der Gruga gebaut werden, Kosten so um die 300 Mio. DM. Der Bürgerentscheid ist deshalb auch eine Abstimmung über die soziale oder unsoziale Politik der Stadt.

StadtRotInfo der PDS Essen

Doch Volksentscheid zum Erhalt der kommunalen Sparkassen

LEIPZIG. In Sachsen kommt es erstmals zu einem Volksentscheid. Am 21. Oktober soll über den Erhalt der kommunalen Sparkassen abgestimmt werden, teilte Landtagspräsident Erich Iltgen am 24. April mit. Bei der ersten Auszählung der Unterschriften zum Volksbegehr gegen die so genannte Sachsenbank fehlten im Juli vorherigen Jahres nur 550 Stimmen. Nach einer Klage der Bürgerinitiative „Pro kommunale Sparkasse“ stufte der Verfassungsgerichtshof in Leipzig die strengen Kriterien des zugrunde liegenden Gesetzes als verfassungswidrig ein und forderte eine erneute Auswertung. Bei einem Volksentscheid genügt nun die einfache Mehrheit. Dirk Fedders, Sprecher der Bürgerinitiative, bezeichnete die Entscheidung als wichtige Zwischenetappe zum Ziel, die Selbständigkeit der Sparkassen zu erhalten. Sollte der Volks-

entscheid zu Gunsten der Initiative ausfallen, müsste der Sachsen-Finanzverband, in dem bisher die Landesbank und sieben der 22 Sparkassen im Freistaat zusammen geschlossen sind, wieder aufgelöst werden, so Fedders.

www.mehr-demokratie.de/aktuell

Stärkung der Grund- und Bürgerrechte gegenüber der Polizei

POTSDAM. Unerwartet erfolgreich verlief der Start der Volksinitiative zur Stärkung der Grund- und Bürgerrechte gegenüber der Polizei. Bereits am ersten Tag erbrachten die in verschiedenen Städten durchgeführten Unterschriftenansammlungen 1022 Unterschriften. Die Initiatoren schreiben am 2. Mai: „In den letzten Jahren wurden polizeiliche Befugnisse in Brandenburg immer weiter ausgebaut. Insbesondere der Datenschutz und eine effektive öffentliche oder parlamentarische Kontrolle sind immer weniger gewährleistet. Diese Politik hat Innenminister Schönbohm in den letzten Jahren mit der Bekämpfung von Kriminalität und der Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung begründet. Durch die Verschärfung des Polizeirechtes haben sich aber weder die Zahl der Straftaten verringert, noch das allgemeine Sicherheitsgefühl erhöht. Stattdessen schränkt das autoritäre Gesellschaftsverständnis des Ex-General Gründ- und Bürgerrechte ein und fördert die Entwicklung der Polizei zu einer mit nahezu beliebigen Befugnissen ausgestatteten, aber nicht mehr kontrollierbaren Einrichtung zur Bekämpfung politisch Andersdenkender. Dieser Politik gilt es entschieden entgegenzutreten. Daher plant die Volksinitiative in den nächsten 12 Monaten landesweit zahlreiche Veranstaltungen, Infostände und Plakataktionen.“ www.info.partisan.net

Aufruf zum bundesweiten studentischen Aktionstag am 16. Mai

BERLIN. Unter dem Motto „Demokratie statt Zwang – Aufstehen für freie Bildung und kritische Wissenschaft“ wollen Studierende bundesweit am 16. Mai ihre Forderungen bekräftigen. Sie kritisieren die derzeitige Lage so: „Der traurige Endpunkt, radikale Entsolidarisierung und daraus folgend die Bildung neuer sozialer Eliten, kündigt sich bereits deutlich an. Mit dem immer stärker werdenden Zwang zu normgerechten Studiererverhalten – manifestiert in Zwangsexmatrikulationen, ständiger Nominierung und Kontrolle des Studienerfolges durch erworbene Creditpoints aus ECTS gerechten Modulen sowie ständiger Leistungsüberprüfungen – wird die Grundlage für die Einführung eines Zweiklassenstudiums mit gestuften Studienabschlüssen gelegt. Kombiniert mit der völlig unzureichenden Studienfinanzierung, dem

Scheitern einer grundlegenden BAföG-Reform und auch der Einführung von Studiengebühren verschlechtert sich die soziale Lage der großen Masse der Studierenden zusehends und schreckt viele von der Aufnahme eines Studiums von vorneherein ab. Gleichzeitig führt die politisch gewollte chronische Unterfinanzierung der Hochschulen zu Stellenkürzungen vor allem im wissenschaftlichen Mittelbau, zu verschärften Zulassungsbeschränkungen, verschlechterten Studienbedingungen, verstärkten studienbegleitenden Selektionen und sogar zur Abwicklung ganzer Studiengänge. Begleitet wird dieser Prozess von einer zunehmenden Hierarchisierung und Entdemokratisierung der Hochschulen. Mitbestimmungsrechte wurden und werden immer mehr eingeschränkt. Dem gilt es etwas entgegenzusetzen.“

www.uni-halle.de/stura/aktion

Aktionstag am 7. Juni: Arbeitslose fordern statt verurteilen!

BIELEFELD. Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen ruft für den 7. Juni zu einem bundesweiten Aktionstag auf. Neben Flugblättern und Straßenaktionen, die sich mit der Behauptung auseinandersetzen „Wer Arbeit will, findet auch welche“ werden auch Briefe an örtliche Bundestagsabgeordnete und Walter Riester zu den angekündigten „Eingliederungsverträgen“ geschickt. Darin heißt es: „Ich appelliere an Sie, bei der angekündigten verbesserten Eingliederung von Arbeitslosen folgendes zu berücksichtigen: Sanktionen schaffen keinen einzigen Arbeitsplatz, sondern zwingen Arbeitslose zu Lohndumping. Gute Hilfsangebote werden gerne genommen und kommen ohne Zwangsmaßnahmen aus. Eingliederungspläne dürfen nicht über die Köpfe der Arbeitslosen hinweg gemacht werden. Sie müssen Arbeitslosen eine Perspektive bieten, indem sie ihre Interessen, Fähigkeiten und Wünsche berücksichtigen. Was heute als zumutbare Arbeit gilt, ist nicht akzeptabel. Wir brauchen eine



Reform, die Qualifikationen schützt und dafür sorgt, dass Tarife eingehalten werden. Eine bessere Arbeitsvermittlung und -beratung gibt es nicht zum Nulltarif. Wir

brauchen eine ausreichende Anzahl von qualifizierten Arbeitsvermittlern, d.h. zusätzliches Personal bei den Arbeitsämtern. Auch die besten Hilfsangebote der Arbeitsämter enden als Brücke ins Nichts, wenn millionenfach Arbeitsplätze fehlen. Ein Beitrag der Arbeitgeber für zusätzliche Arbeitsplätze ist weiter nicht in Sicht. Notwendig ist z.B. eine verbindliche, gesetzliche Regelung zum Abbau von Überstunden.“ www.erwerbslos.de



Gegenaktionen am 13.-16. Juni in Goeteborg

KÖLN, HAMBURG, BERLIN. Der EU-Gipfel hat folgendes vor: Beschluss über den Abbau der öffentlichen Schulden durch Privatisierung der öffentlichen Dienste und Abbau der sozialen Leistungen; Aktionsplan für die Schaffung eines europäischen Arbeitsmarktes bis 2005; Liberalisierung der Strommärkte, Postdienste, Bahn- und Flugverkehr; Koordinierung der Gesetze über die Zuwanderung von ArbeitsmigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten und über Wanderarbeiter. Gegen diese Politik mobilisiert ein breites Aktionsbündnis Goeteborg 2001 (GBG 2001). Vom 13. bis 16. Juni findet allabendlich eine Veranstaltung zu Themen-Schwerpunkten statt. Am 14. Juni gibt es Protestaktionen gegen George Bush. Am Morgen des 15. Juni sind bei der Eröffnung des offiziellen Gipfels gewaltfreie Blockadeaktionen geplant. Um 18 Uhr rufen die Parteien der Nein-zur-EU-Koalition zu einer Demonstration „Für den Austritt aus der EU“ auf. Am 16. Juni um 10 Uhr beginnt mit internationaler Unterstützung eine Demonstration des Netzwerks GBG2001 „Für ein anderes Europa“. Gerechnet wird mit 25 000 Teilnehmenden. Busse fahren von Köln, Hamburg und Berlin. www.labournet.de

Keine Pauschalisierung der Sozialhilfe! Recht auf Solidarität!

KASSEL. Zum 1. Juli 2001 wird in Kassel die Pauschalisierung der einmaligen Beihilfen eingeführt. Während z.B. eine Frau bisher jährlich 765 DM Bekleidungsbeihilfe erhielt, liegt der neue Betrag bei 560 DM. Heizkosten werden nur noch bis zu einem bestimmten Betrag übernommen, die Differenz zu den tatsächlichen Kosten ist Sache der Betroffenen. Die ohnehin zu niedrig angesiedelten Mietobergrenzen werden weiter gesenkt. Das Wahlbündnis AUF Kassel fordert dagegen: „Keine Pauschalisierung der Sozialhilfe, keine verdeckte Sozialhilfekürzung! Sozialhilfe muss ein verbindliches Recht bleiben, Betroffene haben ein Recht auf Solidarität! Armut verursachende Strukturen müssen aufgedeckt und bekämpft werden! Sozialpass für Geringverdienende und Sozialhilfeberechtigte!“ www.tacheles.wtal.de



Aktion der Friedensinitiative Bad Tölz-Wolfratshausen



NEIN zu einer Patenschaft mit einem Kriegsschiff!

24 Jahre lang pflegte die Stadt Wolfratshausen eine Patenschaft mit dem Flugkörperschnellboot S47 Jaguar der Bundesmarine. Im Jahr 2000 ging diese mit der Außerdienststellung des Bootes zu Ende.

Am 14.11.2000 hat der Stadtrat mit großer Mehrheit beschlossen, die Stadt Wolfratshausen solle sich um eine Patenschaft mit einer Korvette K 130 der Bundesmarine bewerben, die ab dem Jahr 2005 in Dienst gestellt werden soll.

Auf einer Bürgerversammlung am 2.3.2001 wurde ein Antrag eingebracht, den Stadtratsbeschluss vom November zu überden-

ken und die Bewerbung um eine Patenschaft zurückzuziehen. 89 TeilnehmerInnen stimmten anschließend gegen eine Patenschaft mit einer Korvette. Nur 35, darunter zahlreiche Stadträte, sprachen sich dafür aus.

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses auf der Bürgerversammlung musste sich der Stadtrat erneut mit dem Thema befassen. In seiner Sitzung am 10.4.2001 sprach er sich, entgegen der Empfehlung der Bürgerversammlung, erneut für eine Patenschaft mit einer Korvette K 130 aus.

Die Friedensinitiative lehnt eine mögliche

Patenschaft mit einer Korvette K 130 weiter ab. Die eingesparten finanziellen Mittel sollen stattdessen einer Patenschaft mit einer Friedensfachkraft oder den örtlichen Vereinen und sozialen und karitativen Einrichtungen zu Gute kommen. Sie bereitet derzeit ein Bürgerbegehren vor und hat eine Homepage eingerichtet, mit der sie die Meinungsbildung fördern und versachlichen will. Die Homepage ist im Internet unter www.friedensi.de/patenschaft/info.htm aufrufbar. Hier ein kleiner Einblick in die wichtige Auseinandersetzung.

baf

Bürgerversammlung am 2. März gegen Kriegsschiff-Patenschaft

Am 2.3.2001 fand in Wolfratshausen eine Bürgerversammlung statt, auf der ein Vertreter der Friedensinitiative den Antrag stellte, der Wolfratshauser Stadtrat möge die Bewerbung um eine Patenschaft mit einer Korvette K 130 der Bundesmarine zurückziehen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit von den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern befürwortet:

89 stimmten für und 35 gegen den Antrag. Ein großer Erfolg für die Friedensi, die die Patenschaft seit Monaten öffentlich zum Thema macht.

Der mit 89:35 beschlossene Antrag lautet:

„Die Bürgerversammlung möge auf der Grundlage von Art. 18 Abs. 4 der bayerischen Gemeindeordnung folgende Empfehlung beschließen:

Die Bürgerversammlung empfiehlt dem Wolfratshauser Stadtrat, seinen Beschluss vom 14.11.2000 zu überdenken und die Bewerbung um eine Patenschaft mit einer Korvette K 130 der Bundesmarine zurückzuziehen.

Begründung: Bei der Korvette K 130 handelt es sich laut Fritz Lamsbach, Referent im Führungsstab der Bundesmarine, um ein „Seekriegsmittel“, das zur „Seekriegsführung im fremden Randmeer“ befähigt.

[1] Laut Marine-Inspekteur Hans-Rudolf Böhmer wird bei der Bewaffnung der Korvette „größer Wert auf die Durchsetzungsfähigkeit vor der feindlichen Küste gelegt“. [2] Bei der Korvette K130, die laut Blohm+Voss rund 380 Mio. Mark Steuergelder kostet, handelt es sich demnach um ein offensives Waffensystem. Damit unterscheidet es sich grundlegend von dem Schnellboot S 47 Jaguar, mit dessen Besatzung Wolfratshausen seit 24

Jahren eine Patenschaft pflegte. Dieses war ausschließlich zur Verteidigung und zum Einsatz in den deutschen Küstengewässern geeignet.

Wolfratshausen soll seinen Namen nicht für ein Kriegsschiff hergeben. Statt jährlich zwischen 6 000 und 10 000 Mark für eine Patenschaft mit einer Korvette auszugeben, erscheint es sinnvoller, mit diesem Geld ortsansässige Vereine sowie ortsansässige karitative und soziale Einrichtungen zu unterstützen.“

[1] Europäische Sicherheit 04/2000. Die Europäische Sicherheit ist das offizielle Organ der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. und der Clausewitz-Gesellschaft e.V. (Fundstelle im Internet: <http://www.gfw-sicherheitspolitik.de/ES00-04LambsbachSeekrieg.htm>)

[2] Schiff und Hafen Nr. 1/1997



300 Unterschriften gesammelt

Die Friedensinitiative hat dem Bürgermeister Rainer Berchtold am 04.04.2001 weitere 196 Unterschriften überreicht und ihn aufgefordert, der Empfehlung der Bürgerversammlung zu folgen. Der Stadtrat Wolfratshausen liegen somit über 300 Unterschriften gegen eine Patenschaft mit einer Korvette K 130 und für eine Patenschaft mit einer Organisation des Zivilen Friedensdienstes vor. Herr Berchtold entgegnete darauf, dass das Thema einige Leute „nerven“ würde, und die Stadträte nicht laufend ihre Meinung ändern könnten. Somit glaubte er auch nicht, dass das Thema im Stadtrat noch einmal ausführlich behandelt würde. Er

würde aber eine Zusammenstellung der Friedensinitiative bei der Stadtratssitzung auslegen. Auch versuchte er eine deutliche Unterscheidung zwischen dem Schiff als Waffe und der Besatzung zu machen.

Stadtrat am 10. April weiterhin für Kriegsschiff-Patenschaft

Der Stadtrat hat bei seiner Sitzung am 10.4.2001 den Stadtratsbeschluss vom 14.11.2000 bestätigt und sich erneut für eine Patenschaft mit einer Korvette K 130 ausgesprochen. Der Stadtrat ist damit nicht dem Votum der Bürgerversammlung gefolgt. Die Friedensinitiative beginnt daher in den nächsten Wochen mit den Vorbereitungen für ein Bürgerbegehren. Zu der Entscheidung erklärt sie:

„Die Friedensinitiative Bad Tölz-Wolfratshausen bedauert, dass der Wolfratshauser Stadtrat erneut keine Diskussion über die Aufgaben der Korvette, mit der eine Patenschaft beabsichtigt ist, geführt hat und lediglich Statements abgegeben wurden. Der Verweis des Bürgermeisters darauf, dass die Umstrukturierung der Bundeswehr nicht in den Stadtrat gehört, sondern Bundesangelegenheit sei, werten wir als Vorwand, um nicht begründen zu müssen, für welchen Zweck neue Korvetten angeschafft werden. Für den Zweck der Landesverteidigung werden sie nämlich nicht benötigt. Und aus diesem Grund wurde schließlich auch das bisherigen Patenboot außer Dienst gestellt.

Bemerkenswert ist die Feststellung von Bürgermeister Berchtold, dass die Korvette nicht „Wolfratshausen“ heißen wird, sondern „eine strategische Bezeichnung“ erhalten werde. Darüber hinaus behauptet der Bürgermeister, er wisse nicht, wer es in die Welt gesetzt hätte, dass die Korvette den Namen „Wolfratshausen“ erhalten solle.

Mit dieser Aussage versucht Bürgermeister Berchtold bewusst die Öffentlichkeit zu täuschen. Denn schließlich war es er selbst, der im September 2000 gegenüber der Lokalpresse erklärte, die Korvette solle den Namen „Wolfratshausen“ erhalten (Zitat aus der Wolfratshauser SZ Nr. 212: „Laut Berchtold soll das Schiff ‚Wolfratshausen‘ getauft werden.“)

Bürgermeister Berchtold ist offenbar bewusst geworden, dass es den Wolfratshauser Bürgerinnen und Bürgern nicht vermittelbar ist, den Namen „Wolfratshausen“ für ein Kriegsschiff herzugeben, was ja auch die Reaktionen auf der Bürgerversammlung deutlich gezeigt haben.

Angesichts der Tatsache, dass der Wolfratshauser Stadtrat nicht der mit großer Mehrheit ausgesprochenen Empfehlung der Bürgerversammlung gefolgt ist, die Bewerbung um die Patenschaft zurückzuziehen (dies war ein eindeutiger Bestandteil des Antrages auf der Bürgerversammlung), muss sich der Stadtrat die Frage gefallen lassen, welchen Sinn Bürgerversammlungen überhaupt haben.

Die Friedensinitiative will jetzt ein Bürgerbegehren erreichen

Nachdem der Wolfratshauser Stadtrat der Empfehlung der Bürgerversammlung nicht gefolgt ist, werden wir den Wolfratshauser Bürgerinnen und Bürgern jetzt die Möglichkeit geben, direkt über eine mögliche Patenschaft mit einem Kriegsschiff zu entscheiden. Die Friedensinitiative Bad Tölz-Wolfratshausen wird daher, wie angekündigt, in den nächsten Wochen in aller Ruhe mit den Vorbereitungen für ein Bürgerbegehren beginnen. Das Bürgerbegehren werden wir so einreichen, dass eine Kombination eines Bürgerentscheides mit den Kommunalwahlen im kommenden Jahr möglich wird. Auf diese Weise leisten wir einen Beitrag dazu, dass die Kosten für den Bürgerentscheid so niedrig wie möglich gehalten werden. Darüber hinaus bleibt so den Wolfratshauser Bürgerinnen und Bürgern ein Wahlgang erspart und auch der Vorschrift einer Wahlbeteiligung von mindestens 20% bei dem Bürgerentscheid wird entsprochen.

Noch eine Anmerkung zu unseren Beweggründen: Aus unserer Sicht ist es nicht hinnehmbar, dass die Stadt Wolfratshausen eine Patenschaft mit einem Kriegsschiff eingehen will, das für Verteidigungszwecke nicht benötigt wird und stattdessen zu Angriffszwecken im Rahmen von Interventionseinsätzen eingesetzt werden soll. Die Bundeswehr ist zur Landesverteidigung aufgestellt und darf laut Grundgesetz ausschließlich zu diesem Zweck eingesetzt werden. Wir lehnen es ab, dass deutsche Soldaten für politische und wirtschaftliche Interessen weltweit der Gefahr ausgesetzt werden, im Kampf getötet zu werden oder in die Situation gebracht zu werden, selbst andere Menschen zu töten.“

www.friedensini.de/patenschaft/info.htm

Nach Protest gegen das öffentliche Bundeswehrgelöbnis in Bad Tölz

„Runder Tisch“ zum Thema Bundeswehr

Am 5.4.2001 fand in Bad Tölz ein Bundeswehrgelöbnis statt. Aktive der Friedensinitiative waren vor Ort und entfalteten drei Transparente mit inhaltlichen Aussagen gegen die Umstrukturierung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee. Die Stadt kündigte daraufhin einem der Aktivisten, der als 630-Mark-Kraft (in der Probezeit) im städtischen Heimatmuseum arbeitete. Die Friedensinitiative fordert jetzt einen „Runden Tisch“.

Kritik der Initiative am Gelöbnis

Seit der Vereidigung der Wehrmachtssoldaten auf Hitler 1934 wich man von der bis dahin üblichen Praxis, die Vereidigung in Kasernen abzuhalten, ab und ging zunehmend in die Öffentlichkeit. Militärisches Zeremoniell in der Öffentlichkeit zu veranstalten diente den Nazis sowohl der Traditionsbildung als auch der militärischen Propaganda und damit der Vorbereitung des Angriffskrieges 1939.

Wenn heute aus „guter Tradition“ Bundeswehrgelöbnisse öffentlich durchgeführt werden, kann nur die Wehrmacht das traditionelle Vorbild dafür sein. Wenn Politiker wie der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühe behaupten, es handle sich dabei um eine „gute Tradition“, beziehen sie sich tatsächlich auf die kriegsvorbereitende Propaganda der Nazis. Nur in der schlimmsten Zeit der deutschen Geschichte wurden Soldaten so oft öffentlich vereidigt wie heute.

Die Friedensinitiative Bad Tölz-Wolfratshausen sieht in den seit einigen Jahren wieder öffentlich durchgeführten Gelöbnissen keinen Zufall. Mit öffentlichen Gelöbnissen findet eine Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens statt, mit dem Ziel, die Hemmschwelle für die Anwendung von militärischer Gewalt bei der Bevölkerung zu senken und diese schon jetzt psychologisch auf zukünftige Kriegseinsätze von Soldaten vorzubereiten.

Vor zwei Jahren wurden während des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges deutsche Soldaten in einen Krieg geschickt. Seitdem ist Krieg wieder zu einem weitgehend akzeptierten Mittel deutscher Politik geworden. Diese Entwicklung war von der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr seit Anfang der 90er Jahre zielstrebig und erfolgreich in die Wege geleitet und umgesetzt worden. Die für jeden einsehbaren Pläne zum Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee machen deutlich, dass der Krieg

gegen Jugoslawien kein Ausnahmefall, sondern Präzedenzfall für künftige militärische Interventionen war.

Damit wird der Verfassungsbruch des Jugoslawienkrieges fortgesetzt ebenso wie die in der neuen NATO-Strategie enthaltene Bereitschaft, die UN-Charta nicht mehr als rechtsverbindlicher Rahmen zwischenstaatlicher Beziehungen zu betrachten.

Die Friedensinitiative appelliert daher an die Stadt Bad Tölz, für das anachronistische Ritual eines Bundeswehrgelöbnisses keinen öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen und an die betroffenen Bundeswehreinheiten, auf das öffentliche Gelöbnis in Bad Tölz zu verzichten.

Offener Brief für „Runden Tisch“

In einem Offenen Brief an den Bürgermeister schreibt die Friedensinitiative:

„Die Friedensinitiative Bad Tölz-Wolfratshausen möchte die Stadt Bad Tölz anregen, aufgrund der Aufregung um das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr einen „Runden Tisch“ mit allen Beteiligten zu initiiieren.

Unsere friedenspolitische Meinungsäußerung bei dem öffentlichen Gelöbnis hat eine Menge an Reaktionen verursacht. Einige BürgerInnen fühlten sich angegriffen und in ihren Gefühlen verletzt, andere hingegen befürworteten den Protest. Es gab massive Überreaktionen bis hin zu tödlichen Angriffen. Die Vorgänge gingen überregional durch die Presse. In vielen Leserbriefen

wurden gegensätzliche Meinungen zum Gelöbnis und dem Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee geäußert.

Unsere Absicht war und ist es immer noch, eine sachliche Auseinandersetzung zu dem Thema zu führen. Es hat sich gezeigt, dass das Thema Bundeswehr die Gemüter doch sehr bewegt. Deswegen möchten wir die Stadt bitten, ein öffentliches Forum zu schaffen und alle Beteiligten wie VertreterInnen der Stadt, Bundeswehr, Bundestagsabgeordnete, Parteien, Vereine, die Friedensinitiative und die BürgerInnen der Stadt Bad Tölz dazu einzuladen.

Wir glauben, dass in einem Gespräch die Möglichkeit besteht, sich gegenseitig zuzuhören, somit auch Missverständnisse auszuräumen und sich eine Meinung dazu zu bilden, wohin sich die Bundeswehr entwickelt.

Wir würden uns freuen von Ihnen zu hören und hoffen, dass ein „Runder Tisch“ zustande kommt.“

www.friedensini.de

Wiedergutmachung: BERLIN.

Der Deutsche Städtetag hat den Mitgliedsstädten empfohlen, in allen kommunalen Einrichtungen nach Bildern und anderen Kunstgegenständen zu forschen, die im Deutschland des Nationalsozialismus insbesondere jüdischen Familien geraubt worden sind. Diese Kulturgüter sollen ihren ehemaligen Besitzern oder deren Erben zurückgegeben werden, unabhängig von bereits in den 50er Jahren abgewickelten Rückrussstellungsverfahren. Eine Liste der vermissten und der gefundenen Kunstgegenstände soll in der Datenbank www.lostart.de publiziert werden, die laufend aktualisiert wird. „Die Städte, in denen die Nationalsozialisten dieses Unrecht verübt haben, tragen eine besondere Verantwortung. Sie werden dazu aufgerufen, Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit zu leisten, Lokalforschung zu unterstützen und das Wissen um Geschehenes weiterzugeben.“

www.staedtetag.de

Integrationskultur: SCHLESWIG. „Die Integration ist wesentliche Voraussetzung für den sozialen Frieden vor Ort. Dies betrifft zum einen die Frage der Sozialleistungskosten als Folge von Integrationsdefiziten und zum anderen das Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern“, sagte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg. Er sprach sich dafür aus, dass Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam ein Konzept zur Integration erarbeiten. Der Bund müsse den Zuwanderern Programme vor allem im Bereich der Sprachförderung, der beruflichen Qualifizierung und der Beratung anbieten. Dabei seien die bisherigen Ressortgrenzen zu überwinden und die bisherigen Unterscheidungen nach Nationalität und Zuwanderungsgrund (Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer) aufzugeben. Die Integration muss vom Staat, also von Bund und Ländern, dauerhaft finanziert werden.

www.dstgb.de

Kinderbetreuung: TROISDORF Auf der Frühjahrssitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gesundheit des DStGB sprach sich der Ausschussvorsitzende, Bürgermeister Manfred Uedelhoven, für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Kinderbetreuungsangebote aus. „Der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten über den Rechtsanspruch im Kindergartenbereich hinaus ist aber nur in dem Maße möglich, wie sich Bund und Länder an der Finanzierung daran beteiligen“.

Uedelhoven forderte die Unternehmen auf, in größerem Umfang Betriebskindergärten zu schaffen, Arbeitszeiten flexibler zu gestalten und Frauen nach einer „Kinderpause“ den Wiedereinstieg

in den Job zu erleichtern. Entschieden warnte davor, alle Eltern von einer Kostenbeteiligung an der Kinderbetreuung zu befreien. Die Elternbeiträge seien schon heute sozialverträglich gestaffelt.

www.dstgb.de

Videoüberwachungsgesetz: MÜNCHEN.

Die CSU-Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Regelung der Videoüberwachung für öffentliche Räume in Bayern im Landtag vorgelegt. Dieser sieht unter anderem die bis zu zweimonatige Speicherung des Datenmaterials und die weitere Vernetzung von Videokameras vor. Der Datenschutzbeauftragte der Bayerische Staatsregierung, Reinhard Vetter, hat diesen Entwurf heftig kritisiert: er sei mit den „Grundprinzipien des Datenschutzes“ nicht vereinbar. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste in München hat sich bereits vor über einem Jahr deutlich gegen die weitere Ausweitung der Videoüberwachung in München ausgesprochen. Bereits jetzt existieren in München ca. 600 Kameras im öffentlichen Raum und in U- und S-Bahnhöfen, die teilweise bereits vernetzt sind. Weitere Kameras werden z.B. von Kaufhäusern betrieben.

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Wohnungsbaureformgesetz: Eck-

punkte der Reform sind u.a. eine Fokussierung der Förderung auf Haushalte, die auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind, eine erstmalige Gleichstellung von Neubau und Bestandsförderung (z.B. Modernisierung, Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum) und neue Instrumente für Kommunen und Wohnungswirtschaft, wie Kooperationsverträge und „mittelbare Belegung“. Der Deutsche Städtetag (DST) begrüßt zwar die längst fällige Reform des sozialen Wohnungsbaus, fordert aber in einem Präsidiumpeschluss einige Nachbesserungen: So müsse zum Beispiel dem demographischen Wandel Rechnung getragen und der Katalog der Fördergegenstände um die Maßnahmen „Wohnungstausch und Umzugsmanagement“ erweitert werden: Im Alter alleinstehende Menschen könnten durch einen Umzug familiengerechte Wohnungen frei machen; bislang scheiterte dies häufig daran, dass diese Personen nicht mehr die organisatorischen oder finanziellen Möglichkeiten für einen Umzug haben. Ein erklärtes Ziel der Reform war, die Städte und Gemeinden bei der Entscheidung über den Einsatz der Fördermittel stärker zu beteiligen. Dem DST geht der Gesetzentwurf in diesem Punkt nicht weit genug. Zu gering ist auch der vorgesehene gesetzliche Mindestverpflichtungsrahmen von jährlich 230 Millionen Euro.

der städtetag, 4/2001, S.16.

Zusammenstellung: ulj

2x1.Mai

1. Mai – Verfassungsgericht ermöglicht Naziaufmärsche – Überall Gegenaktionen

Nachdem das Bundesverfassungsgericht am Dienstag in letzter Minute auch noch von den Stadtverwaltungen und Verwaltungsgerichten zunächst verbotene Demonstrationen der NPD in Augsburg und Essen genehmigt hatte, stieg die Zahl der neofaschistischen Aufmärsche an diesem 1. Mai auf insgesamt sechs, die allesamt von massiven Polizeiaufgeboten geschützt wurden. Über 3000 Neonazis insgesamt waren beteiligt.

Berlin: Polizeirandale als Erfolgskonzept

BERLIN. Die durch das Verbot einer linken Demonstration in Berlin-Kreuzberg und ein martialisches, flächendeckendes Polizeiaufgebot ohnehin äußerst aufgeheizte Simmung entlud sich am späten Abend des 1. Mai in stundenlangen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und zirka 1500 überwiegend Jugendlichen rund um den Mariannenplatz. Beobachter der Situation erhoben am Mittwoch schwere Vorwürfe gegen die Einsatztaktik der Polizei. So seien auch kleinste Ansammlungen von Menschen auf der Oranienstraße, dem ursprünglich geplanten Ort der verbotenen Demonstration, von der Polizei sofort aufgelöst worden, be-

Kein Recht auf Faulheit – beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – Frank Bsirske redet zum 1. Mai in Hannover

Seine Rede zum 1. Mai hat der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske unter das Motto gestellt: „Kein Recht auf Faulheit – beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“. Bsirske kritisierte in Hannover scharf die Drückeberger-Debatte der letzten Wochen: „So funktioniert es nicht, dass der Bundeskanzler für den Aufschwung verantwortlich sei und die Arbeitslosen für die Arbeitslosigkeit.“

Wenn wie in Ostdeutschland auf einen Arbeitslosen 0,04 offene Stellen kommen, sei es grotesk, die Erwerbslosen für ihre Situation selbst verantwortlich zu machen. Deshalb fordere seine Gewerkschaft ein Investitionsprogramm Ost zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Bei einer Arbeitslosenquote bis zu 30 Prozent und angesichts 100 000 fehlender Ausbildungsplätze sei hier eine Verbesserung der Infrastruktur dringend erforderlich. Hierbei sei nicht nur an Verkehrswägen zu denken, sondern vor allem an Aus- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung. Ein weiteres Instrument zum Ab-

Am 1. Mai kam bei den gewerkschaftlichen Aktivitäten zunehmende Unzufriedenheit der Gewerkschaften mit der Sozialpolitik der Bundesregierung zum Ausdruck. Stellvertretend für den Tenor der Kundgebungsreden die Zusammenfassung der Rede des ver.di-Vorsitzenden Bsirske (siehe unten). Wie auch Rednerinnen und Redner in anderen Städten bezog sich Bsirske neben vielfältigen Kritiken positiv auf die Politik der Regierung, die Arbeitnehmerfreizügigkeit beim EU-An-

schluss der östlichen Nachbarländer auf Jahre hinaus nicht zu gewähren. In der BRD-Parteienlandschaft, so scheint es, tritt einzig die PDS gegen diese gefährliche Diskriminierung an. (Siehe Seite 3, 4, 5 dieser Ausgabe). In diesem Kontext wird die Spekulation der NPD, die sich als Vorkämpfer sozial Unzufriedener am Rande der Arbeiterbewegung platzieren und den 1. Mai besetzen will, klarer. Sie rechnet damit, dass die Kritik an ihrer sozialchauvinistischen Politik nachlässt.

Ein schlimmes Vorzeichen ist, dass das Bundesverfassungsgericht dieses Vorhaben flankiert. (siehe auch Artikel S. 17). Allerdings sind die Mobilisierungen der NPD überall auf Gegenaktionen gestoßen, die vor allem von der Jugend getragen wurden. Die Berichte aus den Orten stammen aus div. linken lokalen Blättern und dem Internet. Die Zusammenstellung wurde aus den Antifa-Nachrichten leicht gekürzt übernommen, auf Bebilderung mussten wir wg. Platzmangel ver-

richtete z.B. Prof. Wolf-Dieter Narr vom „Komitee für Grundrechte“, der selbst in dieser Phase von der Polizei mehrere Stunden festgehalten wurde. Als es wenig später in der Mariannenstraße zu vereinzelten Widerstandshandlungen und auch Steinwürfen gegen einen Einkesselungsversuch kam, trieb die Polizei die Demonstranten direkt auf den Mariannenplatz, auf dem zu dieser Zeit ein großes und friedliches multikulturelles Familienfest mit mehreren tausend Teilnehmern stattfand. Die Polizei rückte mit Wasserwerfern auf den Festplatz vor, was die nachfolgenden Auseinandersetzungen erst auslöste. Die Bezirksbürgermeisterin von Kreuzberg Friedrichshain, Bärbel Grygier, bezeichnete den Polizeieinsatz am Mittwoch als „Provokation“ und beklagte die „irrwitzig hohe Zahl von Verletzten“ und die enormen Schäden, die durch die Wasserwerfer auf dem Platz angerichtet worden seien.

Werthebach blieb am Mittwoch jedoch bei seiner bereits am Abend des 1. Mai geäußerten Einschätzung, dass der Einsatz ein „voller Erfolg“ gewesen sei. Man habe nach „14 Jahren Terror einen neuen Weg beschritten“, um rechtsfreie Räume

wie seinerzeit in der Hamburger Hafenstraße auf Dauer zu unterbinden. Auch Berlins Polizeipräsident Hagen Saberschinsky sprach von einem „vollen Erfolg“. Man habe gegen 1112 Personen „freiheitsbeschränkende Maßnahmen“ wie Platzverweise und Festnahmen durchgeführt. 40 sollen dem Haftrichter vorgeführt werden, und anhand des umfangreichen Foto- und Videomaterials werde man weitere Straftäter überführen. Werthebach, der auch betonte, dass die NPD-Demonstration „ruhig und zufriedenstellend“ verlaufen sei, regte erneut an, das Versammlungsrecht „neu zu diskutieren“. jW 3.5.01, Rainer Balcerowiaak

Braunes Kaspertheater im maifeiernden Dresden

DRESDEN. Am 1. Mai fand die dritte Nazi-Demo diesen Jahres in Dresden statt: Zirka 1000 Faschos stampften durch eine sich selbst und den Mai feiernde Stadt. (...) Die offizielle Stadt Dresden verfügte wahrlich „knallharte“ Auflagen für diesen Nazi-Marsch. So waren maximal 20 Fahnen im Demo-Zug erlaubt, Marschformation und Gleichschritt waren untersagt. Pop of the top des staat-

lichen „Widerstands“ gegen völkerverhetzendes und nationalsozialistisches Auftreten im öffentlichen Raum aber waren erlassene Verbote gegen das Tragen von Springerstiefeln in der Nazi-Demo sowie das Jackenträgen über „Lonsdale“-Shirts. Die Folge dieses Kasperletheaters im Vorfeld war, dass ein Teil der Glatzen in Strümpfen oder barfuß durch Dresden latschte. (...) Hinter dem Front-transparent „Soziale Gerechtigkeit durchsetzen – gleiche Löhne für gleiche Arbeit“ demonstrierten Nazis aus mehreren Bundesländern (...) Parolen wie „Arbeit her für deutsche Menschen!“ und „1. Mai. Arbeit macht frei“ signalisierten doitsch-intellektuellen Sprachreichtum. Natürlich durfte „Stiefelverbot aufheben“ nicht fehlen. – Eine versuchte Blockade der Nazi-Route durch AntifaschistInnen auf der Elbbrücke wurde durch die Polizei geräumt. Die nachfolgende Anmeldung einer Antifa-Spontankundgebung ließ die Nazis wegen „polizeilicher Sicherheitsbedenken“ längere Zeit auf eben dieser Brücke auf der Stelle in der prallen Sonne schmoren. Markig rührte Petzold auf der Abschlusskundgebung „Das Reich bleibt unser Kampf“

bau der Arbeitslosigkeit sei die Job-Rotation, wie sie sich in Dänemark bewährt habe. Bsirske erinnerte den Bundesarbeitsminister an sein Versprechen, noch vor der Sommerpause hierzu einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Auch müsse es gelingen, die Überstunden abzubauen und in neue Stellen umzuwandeln. „Zwei Milliarden bezahlte und noch einmal mindestens zwei Milliarden unbezahlte Überstunden: Da kann doch keiner mehr von Abfedern von Spitzen reden.“ Überstunden gehörten zum Verhinderungsprogramm für neue Stellen.

In diesem Zusammenhang verwies der ver.di-Vorsitzende auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes, wonach Berichtsdienst als Arbeitszeit zähle. Damit sei klar, dass die gängige Praxis in den Krankenhäusern, Ärzte und Pflegepersonal bis zu 24 Stunden Dienst schieben zu lassen, illegal ist. Dies sei für Patienten und Beschäftigte gefährlich.

Um diese rechtswidrigen Zustände zu beseitigen, seien allein in den Krankenhäusern 25.000 zusätzliche Stellen erforderlich. Die damit verbundene Personalostenbelastung bezifferte der ver.di-

Vorsitzende auf rund 1,5 Prozent. „Billiger kommt diese Bundesregierung nicht an zigtausende neuer Arbeitsplätze heran“, unterstrich Bsirske.

Bsirske begrüßte in seiner Rede, dass die Parteien nicht länger die Augen vor der Wirklichkeit verschließen, Deutschland als Einwanderungsland begreifen und deshalb die Bedingungen für die Einwanderung regeln wollten. Er betonte, dass bei der Erweiterung der Europäischen Union bestimmte Regeln notwendig seien, damit es nicht zu sozialen Verwerfungen komme.

Übergangsfristen für Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit seien genauso wichtig wie ein Vergabegesetz, das soziale und tarifliche Standards sichert. „Unser polnischer Kollege Busfahrer oder der tschechische Kollege auf dem Bau sollen den gleichen Lohn bekommen wie ihre deutschen Kollegen. Davon profitieren doch letztlich alle.“

Schon in den 50er und 60er Jahren hätten die Gewerkschaften durchgesetzt, dass die angeworbenen Arbeitnehmer bei Tarifen und in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen gleichgestellt wurden, zum Wohle aller.

Den in Deutschland lebenden Ausländern müssten darüber hinaus umfassende Integrationsangebote gemacht werden. Sie sollten die vollen Bürgerrechte und das kommunale Wahlrecht erhalten. „Was ist denn daran noch demokratisch, wenn bei einem Ausländeranteil von 30 Prozent ein Drittel der Menschen einer Stadt nicht wählen dürfen“, so der Gewerkschafter.

Der ver.di-Vorsitzende warnte auch vor einem Rückfall der Familienpolitik in die Einstellungen der 50er Jahre. Es gehe nicht um die Wiederbelebung eines Auslaufmodells des Zusammenlebens von Mann und Frau, wo automatisch der eine arbeiten geht und die andere sich um Haus und Familie kümmere. Vielmehr müsse ein Modell entwickelt werden, das für beide Berufstätigkeit und Familie vereinbar mache. Dazu bedürfe es guter und verlässlicher Betreuungseinrichtungen für Kinder und ausreichend Ganztagsschulen. „Wir dürfen nicht die bestausgebildete Frauengeneration aller Zeiten auf Heim und Herd beschränken“, mahnte Bsirske.

V.i.S.d.P.: Harald Reutter, ver.di-Bundesvorstand, Tel.: 0711/2097-222, Fax: 0711/2097-399

→ auftrag!“. Apfel war einfach nur „stolz auf die Männer der Waffen-SS“. Durch beide Reden zog sich natürlich „Ich-bin-stolz-CDU-Meyer“ ... Die inhaltsschweren Beiträge wurden allerdings lautstark durch aktive AntifaschistInnen, durch im unmittelbaren Umfeld musizierende Musikusse sowie durch eine heulende Alarmsirene eines Antifa-Boots von der Mitte des Flusses überlagert. Die Glocken der Hofkirche läuteten, als fast schon alles vorbei war. Gewerkschaften und Parteien feierten sich derweil selbst am anderen Elbufer. Keiner der im Wahlkampf stehenden Oberbürgermeister-Kandidaten zeigte sein „Gesicht“. *AntifaRecherche-Team Dresden*

Zahlreiche Proteste gegen NPD

AUGSBURG. Die Demo des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Augsburg (AA-BA) am 1. Mai vom Plärrer zum Rathausplatz war mit 1000–1200 Teilnehmern das größte, was Augsburg in dieser Hinsicht in letzter Zeit erlebt hat. Als kurz vor zwölf bekannt wurde, dass das Bundesverwaltungsgericht nun doch die NPD-Aktionen von der Sporthalle aus genehmigt hatte, löste sich die Kundgebung der Antifaschisten schnell auf, die meisten zogen in kleineren Gruppen zur Marschroute der Faschisten. – Eine kurzfristig vom AA-BA vor der Kongresshalle angemeldete Kundgebung wurde von der Stadt und vom Verwaltungsgericht verboten. – Trotz massiver Polizeikontrollen kamen ca. 300 bis vor die Sporthalle, wo sie durch Polizei und Sperrgitter von den Faschisten abgehalten wurden. Andere, kleinere Gruppen hatten kurzfristig Straßenbahn- und Zugschienen blockiert oder sich entlang der geplanten Route des Nazis postiert. Das Riesenaufgebot an Polizei, USK und Bundesgrenzschutz machte es dennoch möglich, dass die etwa 250 NPDler marschierten konnten. Die Polizei nahm – zum Teil mit brutaler Gewalt – Verhaftungen vor oder erteilte Platzverweise. Mehrere Antifa-Gruppierungen wurden durch Polizeikessel an ihrem Protest gehindert. Anwohner versorgten die Demonstranten mit Trinkwasser.

Die Demonstration der Antifaschisten war stark und beeindruckend. Bei den anschließenden direkten Aktionen gegen die NPD wäre mehr Koordination und Konzentration nützlich gewesen. *oll*

Der erste Mai blieb rot!

MANNHEIM. Nazis kamen nicht in die Mannheimer Innenstadt und 3000 Menschen demonstrierten am 1. Mai 2001 eindrucksvoll gegen Faschismus und für einen roten 1. Mai. Neben dem DGB hatte ein breites Bündnis zur Demonstration und Kundgebung aufgerufen, um so ein machtvolles Gegengewicht zu der geplanten NPD-Demo zu bilden. Rund 300 Faschisten versammelten sich am Bahnhof hinter der Post. Ein starkes Polizeiaufgebot schützte die Nazis und erzwang

eine Gasse durch die zahlreichen antifaschistischen Gegendemonstranten. Nach dem Verbot durch die Stadt war die NPD-Demo von den Gerichten erlaubt worden. Doch die Stadtverwaltung verhinderte die von der NPD vorgesehenen provokativen Kundgebungen vor der Moschee und vor dem Gewerkschaftshaus. Statt dessen wies sie der NPD den Toulonplatz als Kundgebungsplatz zu. Um die Kundgebung dort zu verhindern, besetzten mehrere hundert Demokraten schon frühzeitig den Platz. Doch so weit sollten die Faschisten nicht kommen. Kurz vor 13 Uhr zog der Demonstrationszug begleitet von fast 1000 Gegendemonstranten los. Schon nach wenigen hundert Metern war Schluss. Mehrere Hundert Demokraten blockierten die Kreuzung zwischen L 4 und L 6, direkt am Polizeipräsidium. Zwar wurden sie von der Polizei eingekesselt, doch weiter passierte nichts. In allen Seitenstraßen standen Demokraten, die die Faschisten blockierten, sodass es kein Weiterkommen gab. Erst nach 15 Uhr kam Bewegung in die Kolonne. Polizeiwagen wendeten und eingeschlossen von der Polizei und immer begleitet von antifaschistischen Demonstranten bewegte sich der Zug wieder zurück Richtung Hauptbahnhof. Auf der Kreuzung Kaiserring/Bismarckstraße hielt ein Nazi-Sprecher eine Ansprache, die jedoch weitgehend in Pfeifkonzert und „Naziraus“-Rufen unterging.

Somit ist es zwar nicht gelungen, die Nazi-Demo vollständig zu verhindern, trotzdem ist es ein wichtiger Erfolg, dass die Faschisten ihre geplante Kundgebung inmitten unserer Stadt nicht abhalten konnten, sondern schon am Rande abgedrängt und wieder zurück geschickt wurden.

Bernd Merling

NPD marschierte fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit

ESSEN: „Essen stellt sich quer! Es reicht! Aufstehen gegen die Neonazis!“ Unter dieses Motto hatte der DGB Essen seine Mai-Demonstration gestellt. Besser gesagt: Er musste die zentrale Lösung zu Mitbestimmung und Betriebsverfassungsgesetz ändern. Denn Essen war einer der fünf Orte, in denen die NPD ausgerechnet für den 1. Mai Demonstrationen angemeldet hatte. Gegen diese Provokation gelang es, ein breites Bündnis des DGB mit antifaschistischen Gruppen und Organisationen, den Ratsparteien mit Ausnahme der nicht-erwünschten REP, Schülervertretungen, Wohlfahrtsverbänden und evangelischen Kirchenkreisen zu bilden. 4–5.000 Menschen beteiligten sich an der Kundgebung des DGB in der Innenstadt, gut doppelt so viele wie in den letzten Jahren. Das Spektrum der Redner reichte von Oberbürgermeister Dr. Reiniger (CDU), der nach massivem Protest gegen seine Rede im letzten Jahr eigentlich nicht wieder zu einem Grußwort eingeladen werden sollte, über den DGB-Kreisvorsitzenden Eckart Löser und ÖTV-Geschäftsführer Franz

Wolf bis Wolfgang Freye vom Antifaschistischen Forum, der für die PDS in der Bezirksvertretung Essen-West sitzt. Mehrere Redner unterstützten den Verbotsantrag gegen die NPD. (...) Stärker besucht als in vergangenen Jahren war auch das traditionelle Internationale Fest zum 1. Mai im Stadtteilzentrum Zeche Carl im Essener Norden. Am Nachmittag protestierten auch hier mehrere tausend Menschen, viele aus ausländischen Vereinen, gegen den NPD-Aufmarsch. Auch wenn der 1. Mai in Essen somit deutliche Zeichen gegen Rechts setzte: Die NPD durfte demonstrieren. Eingekreist von einem großen Polizeiaufgebot, das wie am 6. Mai letzten Jahres ein ganzes Stadtviertel abriegelte, liefen rund 180 Faschisten durch ein Gewerbegebiet. Sie blieben fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit, doch auch Protest wurde von ihnen ferngehalten. (...) Rund 600 Demonstranten, die von der DGB-Kundgebung in den Stadtteil demonstrierten, wo die NPD marschierten durfte, wurden jedoch an einer Polizeisperre außerhalb der Sichtweite der NPD aufgehalten.

Immerhin hat die politische und juristische Auseinandersetzung dazu geführt, dass die Polizei einen der Hauptredner der NPD-Kundgebung vom Rednerpult weg festnahm. Friedhelm Busse, ehemaliger Vorsitzender der verbotenen FAP mit Verbindungen zur rechten Terrorszene, erhielt wegen unsäglicher antisemitischer Hetze eine Anzeige wegen Volksverhetzung und wurde von der Kundgebung ausgeschlossen.

wof

Demonstration konnte verhindert werden

FRANKFURT: Zwischen 600 und 1000 Faschisten konnten sich wegen antifaschistischer Proteste verspätet, nur unter starkem Polizeischutz und ohne jegliche Öffentlichkeit am 1. Mai auf der Bertramswiese versammeln. Kundgebung und Demonstration zur Bundesbank waren vom hessischen Verwaltungsgericht genehmigt worden. Eine mobile, schwer einschätzbare Anzahl von mindestens 2000 AntifaschistInnen blockierte immer wieder die Zufahrtswege und U-Bahn-Schienen und verhinderte damit letztlich die Demonstration. Nach der DGB-Mai-Kundgebung protestierten ca. 4000 Menschen, dem Aufruf des Römerbergbündnisses folgend, auf dem Willy-Brandt-Platz, fern des Nazi-Aufmarsches, gegen „Hass und Gewalt“. Den Widersprüchen in der Gewerkschaft, die sich bereits bei der 1. Mai-Demonstration äußerten, als ein Zug von Gewerkschaftern versuchte, sich mit dem antifaschistischen Bündnis am Ort des Geschehens zu vereinigen, trug Harald Fiedler in seiner Rede immerhin Rechnung. Er sagte: „Zugleich erklären wir uns aber auch solidarisch mit denjenigen, die sich mutig den Faschisten entgegengestellt haben.“ Erste Berichte von Hessenschau und FR sprachen einseitig, nicht der Realität entsprechend von „gewaltbereiten“ Antifaschisten.

udi

Deutsche Gerichte bahnen Neonazis eine Gasse

Lässt man die Ereignisse des 1. Mai 2001 Revue passieren, dann geraten zuallererst die Gerichte ins Blickfeld. Auf welches Recht stützen sie sich, wenn sie Kundgebungen der NPD und anderer alt- und neofaschistischer Organisationen zulassen? Das sind Kundgebungen, auf denen Hass gepredigt, zur Hetze gegen Ausländer und alles „Fremde“, Nicht-„Nationale“ aufrufen und Aggressionen gegen andere Länder und Völker geschrüttet werden. Die gerichtlichen Verfügungen zugunsten der NPD-Aufmärsche in Essen und Augsburg, in Berlin und Frankfurt, in Dresden und Mannheim (um nur einige Städte zu nennen), berufen sich übereinstimmend auf das zu garantierende Recht auf freie Meinungsäußerung nach Artikel 5 GG, das grundsätzlich jedem zusteht. Eine inhaltliche Qualifizierung dieses Rechts wird von den Gerichten nicht vorgenommen, da sie ja keine „politische“ Partei ergreifen wollen.

Doch (...) wer die Neonazis marschiert und grölten lässt, ergreift Partei. Die angeblich „unpolitische“ Justiz, die nur einem abstrakten Rechtsverständnis huldigt, macht sich, auch wenn sie das subjektiv nicht will, in diesem Fall zum Handlanger der Neofaschisten. Und es ist eine Legende, wenn behauptet wird, die Gerichte hätten keine andere Wahl, hätten gar keine Handhabe gegen rechte Demonstrationen. Das Grundgesetz selbst mit seinen damaligen alliierten Vorbehaltsrechten (Art. 139) und dem antifaschistischen Grundkonsens verbietet den Verfassungsorganen und allen Bürgern des Landes, (neo-)faschistische Bestrebungen zuzulassen. So gesehen, gewinnt das in den 60er Jahren von konservativer Seite gegen die studentische Protestbewegung und in den 70er Jahren von der SPD gegen kommunistische Lehrer (Berufsverbote!) fälschlicherweise bemühte Wort von der „wehrhaften Demokratie“ heute wieder seine ursprüngliche Bedeutung. „Den Anfängen wehren“, das „Übel an der Wurzel packen“ und den wieder aufkeimenden Neofaschismus im „Keim zu ersticken“ – das wäre in der Tat eine Aufgabe, die sich der Staatsgewalt einschließlich der Judikative stellen müsste.

Es wimmelt im Grundgesetz – und erst recht in den Länderverfassungen, die noch vor 1949 entstanden waren – nur so von einschlägigen Normen, Freiheits- und Menschenrechten, die es gegen ihre Widersacher zu schützen gilt. Dies beginnt mit der Würde des Menschen, die nach Art. 1 GG zu schützen ist, dies setzt sich fort bei den einschlägigen Freiheitsrechten des Menschen (von der Meinungsfreiheit über die Wissenschaftsfreiheit und die Koalitionsfreiheit bis zum Rechts- und Sozialstaatspostulat (Art. 20 und 28) und dies wird „völkerrechtlich“ relevant in der Verpflichtung zum Frieden und im strikten Verbot aller Hand-

lungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören würden, sowie in der Bindungswirkung des Völkerrecht für das staatliche Handeln (Art. 25 und 26). Art. 79 Abs. 3 enthält schließlich keine denkwürdige Bestimmung, wonach der Wesensgehalt des Grundgesetzes vor jeglicher Änderung ein für allemal geschützt bleibt. Es grenzt an juristische Blindheit, wenn rassistische und menschenverachtende Neonazi-Propaganda unter denselben Schutz gestellt wird, den die Grundwerte unserer Verfassung genießen.

Auch ist das nicht auf das Grundgesetz und die innere staatliche Ordnung der Bundesrepublik zu beschränken. Ähnlich haben es auch schon die Vereinten Nationen gehalten, die sich mit der UNO-Charta ganz bewusst eine Verfassung gegeben haben, die für künftige Geschlechter ein Wiederaufleben des deutschen und japanischen Militarismus und Faschismus ausschließen wollte. (...) Folgerichtig erklärte die UNO-Vollversammlung in einer Resolution vom 26. November 1968, also vor dem Hintergrund der damaligen spektakulären Wahlerfolge der NPD in der Bundesrepublik, dass „das Wiedererstarken nazistischer Organisationen in der BRD nicht als innere Angelegenheit der BRD“ betrachtet werden dürfe (UN-Resolution Nr. 2438 XX, III). ...

Doch zur Ehrenrettung der Justiz sei gesagt, dass die nazifreundlichen Urteile in der Zunft nicht mehr ganz umstritten sind. In Essen hatten das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen und in Augsburg der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die NPD-Kundgebungen verboten. Es blieb in beiden Fällen dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vorbehalten, diese demokratie- und grundgesetzkonformen Urteile zugunsten eines Marschbefehls für die Glatzen aufzuheben. (...)

Schaden genommen haben am 1. Mai aber die Demokratie und der Verfassungsstaat – trotz der vielfältigen und großartigen Proteste der Demokraten und Antifaschisten. Wer in Berlin den Neonazis juristisch die Straße frei hält und der linken Szene das Demonstrationsrecht verweigert, wer in Hamburg, Frankfurt, Dresden und einigen anderen Städten alle polizeiliche Macht einsetzt, um den Neonazis zu ihren provokativen Auftritten zu verhelfen, der gerät selbst ins politische Zwielicht und darf sich nicht wundern, wenn das wenige Vertrauen, das insbesondere Jugendliche noch in die Staatsgewalt haben, vollends aus ihnen herausgeknüpft wird. Für die Gegendemonstranten – auch das zeigte der 1. Mai – ist es nicht leicht besonnen zu bleiben, wenn den unbesonnenen rechten Schlägern der besondere Schutz des Staates gewährt wird.

Peter Strutynski, Friedenspol. Ratschlag
www.uni-kassel.de/fb10/frieden/

Hundt (BdA) für stärkere Sanktionen gegen Arbeitslose.

– HB, Montag, 30.4.2001. –

Hundt: „Schärfere Sanktionen, die strikter angewendet werden müssen, wenn jemand zumutbare Arbeit ablehnt“. Seiner Ansicht nach reicht dies aber nicht aus. Er fordert, Rot-Grün müsse an drei weiteren Punkten die Regeln für Arbeitslose strenger fassen, um den Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu steigern. Erstens müsse das Arbeitslosengeld auf 12 Monate befristet werden. Zweitens müsse bei der Arbeitsvermittlung die Grenze gesenkt werden, bis zu der ein Stellenangebot als zumutbar gilt, sodass auch geringer qualifizierte und entlohnte Jobs angenommen werden müssten. „Schließlich gilt es, einen arbeitsfördernden Abstand zwischen den unteren Lohngruppen und der Sozialhilfe herzustellen“, verlangte Hundt.

Europäische Airline-Arbeitgeber sehen starke Signalwirkung des Tarifabschlusses.

– HB, Freitag/Samstag, 4./5.5.2001. – K.-H. Neumeister, Generalsekretär der Europäischen Airline Vereinigung (AEA) stellt zum Piloten-Streik bei der Lufthansa fest:

„Keine andere Berufsgruppe in der Zivilluftfahrt sitzt so am Hebel wie die Piloten, und keine andere Arbeitnehmergruppe ist so hochgradig gewerkschaftlich organisiert, wie die Piloten es sind ... Die Passagiere sind jetzt leider die Hauptbetroffenen des Streiks. Es gibt kein Entkommen, es sei denn, man verzichtet auf die Reise. Die anderen Fluggesellschaften können da nur bedingt einspringen. Die Piloten sind nicht nur in Deutschland hochgradig organisiert, sie sind auch international solidarisch organisiert ... Ich sehe eine sehr starke Signalwirkung des Abschlusses bei der Lufthansa auf andere Airlines. Lufthansa gehört nun mal zu den Leadern in dieser Industrie. Hinzu kommt, dass die Pilotenvereinigungen international viel stärker verzahnt sind, als sich dies die Airlines für ihr eigenes Geschäft je erträumen könnten. Es sieht ganz so aus, als ob die Piloten sich durch Benchmarking gegenseitig hochziehen. Das ist bei anderen Berufsgruppen international kaum möglich.“

Sonntagsöffnung bei Banken wegen Euroumstellung? – HB, Donnerstag,

3.5.2001. – „Wenn nötig, ist die Bank auf dem Dorf eben auch Sonntags nach der Kirche geöffnet“. Damit erhofft sich G. Benrath, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes des privaten Bankgewerbes, mit längeren Schalteröffnungszeiten die Euro-Umstellung in den Griff zu bekommen. Ver.di ist gegen Sonntagsarbeit.

Presseauswertung: rst

Die VSP hat sich vor einigen Wochen aufgelöst. Neu gegründet

hat sich der Verein für solidarische Perspektiven e.V. mit der Kurzzeichnung VsP. Auch wenn die Namensgebung Kontinuität ausdrücken soll und der Verein die Zeitung SoZ herausgibt, handelt es sich bei der Auflösung der VSP um einen politischen Rückschritt. Denn Angela Klein, Gerhard Klas und andere arbeiten an einer neuen trotzkistischen Organisierung. So trafen sich Anfang März „ca. zwei Dutzend Menschen aus dem Umkreis der VsP, um einen politischen Zusammenschluss von internationalen SozialistInnen zu bilden“. Es gibt noch keinen Namen für die Organisation, aber auf jeden Fall schon einmal eine organisatorische und inhaltliche Anbindung an die IV. Internationale. Jetzt, nach der Auflösung der VSP, kann man die Anbindung an die IV. endlich verwirklichen. In der Gründungserklärung heißt es u.a.:

„Der Zusammenschluss arbeitet von Anfang an als Teil der neuen Bestrebungen für eine internationale Organisierung und befördert dies aktiv. Er tritt in Zusammenarbeit mit der IV. Internationale, an deren Debatten er teilnimmt, sowie mit anderen radikalen sozialistischen Strömungen.“ *aus SoZ, 4/2001*

Es gibt einen **weiteren Entwurf für ein neues PDS-Programm** (zum ersten siehe unten). Die Autoren schreiben: „Der hiermit vorgelegte Entwurf für ein PDS-Programm wurde von PDS-Mitgliedern erarbeitet, die sich unterschiedlichen Strömungen innerhalb der PDS zurechnen: dem Marxistischen Forum, der Kommunistischen Plattform und einer unabhängigen Westlinken. Sie einte bei der Arbeit dreierlei: Erstens die Einschätzung, dass ein neues Parteiprogramm vor der Bundestagswahl 2002 weder erforderlich noch förderlich sei und dass das geltende aus dem Jahr

1993 eine ausreichende politische Basis darstellen würde.

Zweitens die Einschätzung, daß die Mehrheit der PDS-Führung dennoch einen solchen neuen Programm-Entwurf kurzfristig vorlegen und dabei versuchen würde, einen Richtungswechsel vorzunehmen.

Drittens die Sicherheit, daß es in einem solchen Fall für den weiteren sachbezogenen Fortgang der Programmdebatte hilfreich und für die Identität der PDS als sozialistischer Partei entscheidend sein würde, in kurzer Frist einen Programm-Entwurf zu erarbeiten, der erkennbar in Kontinuität zum gelgenden Programm aus dem Jahr 1993 steht.

Die Parteivorsitzende hat am 27. April 2001 einen Entwurf für ein neues Programm präsentiert, der von André Brie, Michael Brie und Dieter Klein verfasst wurde. Kein PDS-Gremium – auch nicht die für diesen Zweck gewählte Programmkommission – hat den Entwurf zuvor diskutiert, geschweige denn autorisiert. Der Entwurf beinhaltet aus unserer Sicht den befürchteten Richtungswechsel: Eine präzise Analyse der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft fehlt ebenso wie die Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft als Alternative zum Kapitalismus; Gewinnstreben und Unternehmertum werden als notwendig für Innovation und Effizienz angesehen, während umgekehrt die Kräfte des Widerstands gegen Unternehmertum, insbesondere die Gewerkschaften, kaum Erwähnung finden. Die Aussagen zum sozialistischen Versuch in der DDR gehen in Richtung Totaldistanzierung.

Der hier vorgelegte „Entwurf II“ für ein neues PDS-Programm sieht sich hinsichtlich der politischen Analyse und der sozialistischen Perspektive in Kontinuität zum 1993er-Programm. Er verarbeitet und berücksichtigt Positionen, wie sie Ende 1999 in der Program-

kommission von Michael Benjamin, Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf mit den „Minderheits-Thesen“ entwickelt wurden. Hinsichtlich der Weiterentwicklung des 1993er Programms knüpft er an eine Ausarbeitung an, die Ellen Brombacher, Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf am 14. März 2001 als „Minderheitsvotum“ in die Programmkommission einbrachten.

Im Kapitel III des hier vorgelegten Entwurfs wurde eine Konkretisierung dessen, was wir unter „demokratischem Sozialismus“ verstehen, vorgenommen. Kapitel IV plädiert für eine PDS als Reformpartei und besteht aus einem 15-Punkte-Programm, das auch für einen kommenden Wahlkampf genutzt werden kann. Bei all dem bemühten wir uns, in Sprache, Aufbau und Gesamtlänge dem Anspruch zu genügen, wonach ein sozialistisches Programm auch im Alltag einen hohen Gebrauchswert aufweisen sollte.

Indem wir einen konkreten, alternativen Text vorlegen, sollen Dissenspunkte zu dem von der Parteivorsitzenden vorgelegten Entwurf für die Mitgliedschaft und die interessierte Öffentlichkeit leichter diskutierbar werden.

Wir werden uns bemühen, jedem Interessierten den Text zugänglich zu machen. Vervielfältigung und Verbreitung des Entwurfs durch Dritte ist ausdrücklich gewünscht. Dieser Entwurf für ein Parteiprogramm soll mit Hilfe allerjenigen, die sich in diese Diskussion einbringen, in den kommenden Wochen weiter qualifiziert werden. Er wird zur Debatte auf dem Programmparteitag der PDS am 6./7. Oktober 2001 in Dresden eingebbracht werden.

Monika Balzer/Hamburg, Ekkehard Lieberam/Leipzig, Dorothée Menzner/Hannover, Winfried Wolf/Berlin

Zusammenstellung: jöd

Programmdiskussion der PDS

Kein Schritt in Richtung „Godesberg“

Kann sich jemand noch durch den Verhau arbeiten, den die bisherige Programmdiskussion auf dem Weg der Partei angerichtet hat? Kommentare, Fragestellungen, Beschlüsse, Entwürfe, Gegenentwürfe, Apologien, Polemiken – vielleicht später einmal, wenn einer von Zwängen freien Gesellschaft die Promotionsthemen ausgehen.

Für die politischen Entscheidungen, die jetzt anstehen, trägt die Frage nach dem Vorgehen wenig. Letztlich ist der Text Produkt einer öffentlich geführten Debatte, in der bei allen Schönheitsfehlern ausreichende Chancen bestanden, Argumente anzubringen. Deswegen darf

man auch hoffen, dass eine Diskussion auf Grundlage des jetzt vorliegenden Textes erforderliche Korrekturen ermöglichen wird.

Doch nicht um die Begründung solcher Korrekturen geht es im Moment, sondern um die politische Entscheidung, ob die Partei auf Grundlage des Entwurfs weiterdiskutieren will.

Die Presse bezog sich in ihrer Berichterstattung über den Programmentwurf (PE) vor allem auf zwei Sätze: Erstens: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (1). Zweitens: „Unternehmertum und betriebswirtschaftliches Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von

Innovation und Effizienz“ (2). Beide Sätze werden so interpretiert, dass die Partei damit ihren systemkritischen Charakter aufgibt und sich Grundwerten des politischen und wirtschaftlichen Systems der BRD unterwirft. Tatsächlich zeigen die Zitate der beiden Textstellen, dass beide Sätze kritisch gewendet werden, Satz eins gegen die Nicht-Verwirklichung der Menschenwürde in der BRD, Satz zwei gegen den Anspruch von Unternehmertum und Kapitalverwertung auf Dominanz. Aber obwohl die Presse die beiden Aussagen unzulässig interpretiert, hat sie die Aufmerksamkeit doch auf wichtige Punkte gelenkt.

Menschenwürde

In der BRD fasste die Lehre von der Menschenwürde in Auseinandersetzung mit der Herrschaft des Faschismus Fuß. Die Achtung der Menschenwürde soll der Verfügungsgewalt von Autorität Schranken ziehen. Während die Menschenrechte einen Katalog konkreter Rechte bezeichnen, die das Individuum wahrnehmen kann, geht es bei der Menschenwürde um die Bedingungen, unter denen das Individuum seine Entscheidungen trifft, d.h. um die Sicherheit vor fremder Willkür, vor Nötigung, Zwang und Diktatur. Darin liegt nun ein heikler Punkt, nicht nur für die bürgerliche Tradition, sondern auch für die sozialistische.

Bei politischen Veränderungen geht es mit Rücksicht auf die Menschenwürde nämlich nicht mehr einfach um Macht (mit oder ohne Mehrheit). In den Mittelpunkt tritt die Frage, ob Veränderung der Rahmenbedingungen die Menschenwürde, die jedem Einzelnen zukommt, gewährleistet oder verletzt. Dieser Maßstab führt z.B. dazu, dass in der BRD mit der Wehrpflicht auch das Recht auf Verweigerung „aus Gewissensgründen“ eingeführt werden musste, und dazu, dass im Soldatengesetz der Befehl den Gehorchnenden nicht mehr von der Verantwortung für Verbrechen entlastet. Es gäbe noch viele Beispiele, wie sich unter Berufung auf die Menschenwürde totalitäre Herrschaftsansprüche des Staates zurückweisen lassen. Für sozialistische Politik in der BRD werfen sich Fragen auf wie die Bewertung des Mauerbaus; egal ob antifaschistischer Schutzwall oder verschärfter Schutzzoll, das Grenzregime hat in den Bereich der freien Entscheidung der Person so tief eingegriffen, dass die Würde der betroffenen Menschen verletzt wurde. Die Verletzung der Menschenwürde kann durch angenommene oder wirkliche Vorteile für das Gros der Gesellschaft nicht gerechtfertigt werden. Wenn die PDS sich heute auf die unantastbare Würde des Menschen beruft, so enthält das eine Absage an ein weites Feld möglicher und eine kritische Distanzierung zu tatsächlich ausgeübten politischen Strategien. Es ist deswegen kein Zufall, dass Gabriele Zimmer namens der Partei sich im Zeitraum der Präsentation bei der SPD für die in der DDR stattgefundenen Vereinigung von SPD und KPD entschuldigte*, weil dabei Zwang im Spiel war. (Denn offensichtlich widerspricht es der Menschenwürde, das Bekenntnis zu einer politischen Meinung zu erzwingen.) Wichtig an diesem Punkte ist also die kritische Distanz, die er zur sozialistischen Tradition schafft, und die Ansprüche, die sich daraus an das politische Planen und Handeln der Partei ergeben.

Unterstrichen werden muss der Verdacht, dass das Rechtsgut der Menschenwürde in der Nachkriegszeit von bürgerlicher Seite nur als Zugeständnis gewährt wurde. Wenn es heute modern ist,

die Höhe der Sozialhilfe nicht an Überlebensnotwendigkeiten Notleidender zu begründen, sondern sie als „Anreiz“ zu mehr Leistungsbereitschaft zu senken, wird die Menschenwürde systematisch verletzt. Menschenwürde, so meint die FAZ in diesem Zusammenhang, sei so ein Begriff zwischen Himmel und Erde, aber so undurchsichtig ist die Sache nicht. In der sozialistischen Tradition steht die Emanzipation des Menschen, dabei geht es um die Entlassung aus der Bevormundung, durch den Staat, durch die Familie, durch den Arbeitgeber, durch Autoritäten aller Art. Menschenwürde beschreibt die Daseinsweise des Menschen so weit sie emanzipiert ist. Der Programmentwurf legt dabei den größten Wert auf den Zugriff der Personen auf Güter, ohne die Emanzipation und Menschenwürde ein bloßes Versprechen bleiben.

Arbeitsleben, Unternehmertum und Gewinninteresse

Wenn auch wahr ist, dass im PE vor allem die Dominanz von U&G kritisiert wird, ist genauso wahr, dass die Textstelle damit diesen Einrichtungen eine Daseinsberechtigung zuschreibt, auch und gerade falls ihre Dominanz gebrochen ist. Damit werden griffige und beliebte Parolen der Linken obsolet (... das Kapital muss restlos weg). Ein Zugeständnis, womöglich wegen „Regierungsfähigkeit“? Über viele Stellen im PE verstreut finden sich Aussagen über die Ausgestaltung des Wirtschaftslebens, in denen angedeutet wird, dass die diktatorische Lenkung der Wirtschaft durch Unternehmerentscheidungen durch Mitbestimmung und Kooperation aufgebrochen werden soll (3). Wenn im PE eine „demokratische Arbeitskultur“ eingefordert wird, so zeichnet sich hier ein Verbindung zwischen der Personalität oder auch persönlichen Würde der Einzelnen und der Kritik am kommandierten Arbeiten ab, die weit über die klassische Mitbestimmungsvorstellung hinausgeht.

Befremdlich gerade in diesem Zusammenhang ist die Romantisierung der zur Zeit neuesten Erscheinung der Arbeitswelt, der „Informationsarbeiterinnen und -arbeiter“ (4). Es wäre doch deutlich zu sagen, dass der große Teil der „Informationsarbeit“ nur im Zusammenhang von Standardproduktionen anfällt. So dient ein Netzwerk bei BMW nicht der Information der Netzwerkenden (gegenseitig?), sondern dem Standardprodukt Automobil. Wem dient eine vorzüglich gestaltete Speisekarte, wenn der Koch schlecht ist? Die Absonderung von Informationstechnologie in eigene Sphären wäre eher zu kritisieren als hymnisch zu besingen, man würde dann vielleicht auch die Leiden, die sich aus dieser besondern Sorte von Vereinseitigung ergeben, besser begreifen, die Ablösung von der materiellen Produktion ist ein Verlust, nicht ein Gewinn. Kre-

aktivität im Netzwerk? Wo ein Netzwerk ist, sind Administratoren und Administrierte. Der Alltag der Netzwerkenden besteht in der Beachtung strenger, bestehender, meist unverstandener und oft genug blödsinniger Vorschriften. Die „Informationsarbeiterinnen und -arbeiter“ bewegen sich in einer erdrückend überregulierten Welt. Dennoch soll unterstrichen werden, dass auch hier der Programmentwurf einen Punkt bezeichnet, auf den es ankommt.

Es ist nämlich nicht so, dass die Partei dem Kapitalverhältnis Daseinsgründe zuschreibt, um seinen Anforderungen auch sonst noch, wo immer möglich, konkret nachzugeben (denn so war das Gothaer Programm der SPD beschaffen). Der PE ist erkennbar und durchgängig bemüht, die Gegensätze, die sich aus der Beherrschung der lebendigen Menschen durch das Kapitalverhältnis auftun, aufzuspüren, sie möglichst konkret zu bezeichnen und Chancen für emanzipative Entwicklungen zu skizzieren.

maf

Zitate aus dem Programmentwurf:

(1) „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“, dieser Anspruch, auf den sich das Grundgesetz gründet, begründet auch unsere sozialistische Politik. Die Würde des Menschen ist seine Freiheit und ist seine Gleichheit. Nur dann, wenn jede und jeder über jene Grundbedingungen verfügen kann, die Leben und Freiheit verbürgen, ist diese Würde gewahrt. Dies aber ist in Besorgnis erregender und wachsender Weise nicht der Fall. Das wollen wir ändern.

(2) Unternehmertum und betriebswirtschaftliches Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und Effizienz. Die heutige gesamtgesellschaftliche Dominanz von Profit ist jedoch mit unserer Vorstellung von Gerechtigkeit und mit der durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums unvereinbar. Weil wir das persönliche Eigentum von Menschen als eine Grundlage freier Selbstbestimmung verteidigen, lehnen wir die Vorherrschaft kapitalistischer Eigentumsverhältnisse ab, die Millionen von Menschen um dieses persönliche Eigentum bringt.

(3) Erwerbsarbeit muss Schritt für Schritt aus einem ökonomischen Zwangsvorhältnis in eine Bedingung realer Freiheit verwandelt werden. Wir setzen uns ein für eine demokratische Arbeitskultur, die erweiterte Mitbestimmung und gleichberechtigte Kooperation zwischen Individuen und Gruppen, zwischen Generationen und Völkern, zwischen Frauen und Männern. Der Profit darf nicht das dominante Maß für Zuteilung, Organisation und Bewertung der Arbeit bleiben.

(4) Wichtigste produktive Kraft des früheren Kapitalismus war die Industriearbeiterschaft: unmittelbare qualifi-

zierte Arbeit an Maschinen leistend, dem Kommando des vorgegebenen Produktionsablaufs unterstellt, standardisierte Güter für standardisierte Bedürfnisse herstellend. Wichtigste produktive Kraft des neuen Kapitalismus sind die Wissens- und Informationsarbeiterinnen und -arbeiter. Der Kapitalverwertung untergeordnet, entfaltet sich ihr produktives Vermögen in flexiblen Netzwerken. Kreativität, Eigenmotivation und Selbstkontrolle einerseits und Kooperation, schöpferische Gemeinschaftsarbeit und Wettbewerb andererseits prägen ihren Arbeitsalltag. Die hohe Abhängigkeit von

kurzfristigen Verwertungsinteressen untergräbt diese Potenziale und verwandelt sie in härteste zwischenmenschliche Konkurrenz, Selbstausbeutung und Überarbeitung.

Anmerkung

* Über die moderne Unart des Entschuldigens ist schon viel gesagt worden. Es steckt darin eine ungeheure Anmaßung (wer entschuldigt? Ich! Wen? Mich!). Geht man aber einmal davon aus, dass Organisationen wie Staaten, Kirchen, Parteien anmaßende soziale Organismen sind, so gibt es doch einen Sinn, wenn der

Ministerpräsident Japans sich für den Überfall auf China, der Hl. Vater für die Schändung Konstantinopels durch die Kreuzritter und Gabi Zimmer für die Zwangvereinigung von SPD und KPD entschuldigen. Die von ihnen repräsentierten Organisationen tun durch die Entschuldigung kund, dass sie jene Vorfälle aus dem Register der positiven Beispiele, der Präzedenzfälle streichen. Also hat es auch einen Sinn, dass die SPD sich für ihre Beteiligung an KPD-Verbot und Berufsverbote nicht entschuldigt. Sie würde es unter sonst gleichbleibenden Umständen wieder tun.

Pierre Bourdieu

Aufruf gegen die Politik der Entpolitisierung

Dieser Aufruf erschien gleichzeitig in der WoZ (Zürich), Le Courier (Genf), Solidarität (Lugano), in der tageszeitung (Berlin), L'Humanité (Paris), Ta Nea (Athen), dem tagblatt (Luxemburg), Le Matin (Brüssel), Il manifesto (Rom).

All das, was man unter dem deskriptiven und zugleich normativen Begriff der „Globalisierung“ fasst, ist keineswegs das Ergebnis zwangsläufiger ökonomischer Entwicklungen, sondern einer ausgeklügelten und bewusst ins Werk gesetzten, sich ihrer verheerenden Folgen allerdings kaum bewussten Politik. Diese Politik, die sich schamlos eines Vokabulars der Freiheit, des Liberalismus, der Liberalisierung, der Deregulierung bedient, ist in Wirklichkeit eine Politik der Entpolitisierung und zielt paradoxe Weise darauf ab, die Kräfte der Ökonomie von all ihren Fesseln zu befreien, ihnen dadurch einen fatalen Einfluss einzuräumen und die Regierungen ebenso wie die Bürger den derart von ihren Fesseln „befreiten“ Gesetzen der Ökonomie zu unterwerfen. Es ist vor allem die in den Sitzungen der großen internationalen Organisationen, wie der WTO oder der Europäischen Kommission, innerhalb all der „Netzwerke“ multinationaler Unternehmen entwickelte Politik, die sich auf den verschiedensten Wegen – und das sind in erster Linie juristische – bei den liberalen oder gar sozialdemokratischen Regierungen einer ganzen Reihe von wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern durchgesetzt hat, was dazu führte, dass diese ihre frühere Kontrolle über die Kräfte der Ökonomie Schritt für Schritt aufgegeben haben.

Gegen diese Politik der Entpolitisierung gilt es nun, der Politik, politischem Denken und Handeln wieder ihren rechtmäßigen Platz einzuräumen und für dieses Handeln einen geeigneten Ansatzpunkt zu finden, der heute jenseits der Grenzen des Nationalstaats liegt, sowie die dazu erforderlichen Mittel, die sich nicht mehr auf die politischen und ge-

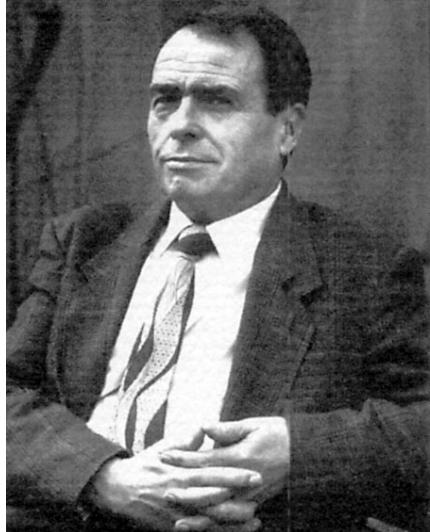
werkschaftlichen Kämpfe innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens beschränken können. Zugegebenermaßen ist ein solches Unternehmen aus verschiedenen Gründen nur sehr schwer umzusetzen: zunächst, weil die politischen Instanzen, die es zu bekämpfen gilt, nicht nur in einem geografischen Sinne weit entfernt sind und ihre Methoden oder Akteure kaum mehr denen jener politischen Instanzen ähneln, mit denen man es in den früheren Kämpfen zu tun hatte; ferner weil die Macht der Akteure und Institutionen, die heutzutage die Herrschaft über Wirtschaft und Gesellschaft haben, auf einer außerordentlichen Konzentration sämtlicher Arten von (wirtschaftlichem, politischem, militärischem, kulturellem, wissenschaftlichem, technologischem) Kapital beruht. Diese Kapitalkonzentration bildet die Grundlage einer noch nie zuvor dagewesenen symbolischen Herrschaft, die vor allem über die Medien ausgeübt wird, wobei diese selbst und oft unwissentlich von den großen internationalen Kommunikationsagenturen sowie durch die Logik der sie zu Gegenspielern machenden Konkurrenz manipuliert werden.

Hinzu kommt noch, dass bestimmte Ziele eines wirkungsvollen politischen Handelns auf europäischer Ebene angesiedelt sind – zumindest insoweit europäische Unternehmen und Organisationen ein bestimmendes Element der herrschenden Kräfte im globalen Maßstab geworden sind. Für all jene, die den herrschenden Kräften des Marktes wirkungsvoll entgegentreten wollen, muss ein vernünftiges Ziel also zweifelsfrei darin bestehen, eine europaweite und vereinte soziale Bewegung aufzubauen, die imstande ist, die unterschiedlichsten, gegenwärtig noch gespaltenen Bewegungen sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu sammeln.

Eine offene Koordination

So unterschiedlich diese sozialen Bewe-

gungen aufgrund ihrer jeweiligen Ursprünge, Anliegen und Ziele auch sein mögen, besitzen sie doch eine ganze Reihe gemeinsamer Züge, die sie zu einer Art „Verwandten“ machen. Da viele von ihnen vor allem aus der Ablehnung traditioneller Formen der politischen Mobilisierung – insbesondere jener Mobilisierungsformen, die in der Tradition der Parteien sowjetischen Typs stehen – hervorgegangen sind, ist dieser Bewegungen zuallererst eine ausgeprägte Abneigung gegen jedwede Monopolisierung durch kleine Minderheiten gemeinsam. Sie beruhen im Gegenteil auf einer unmittelbaren Einbindung aller Mitwirkenden (was ihnen aufgrund des Auftretens eines neuartigen Typus von Anführern möglich ist, die mit einer im Vergleich zu den traditionellen Verantwortlichen höheren politischen Kultur ausgerüstet sind). In dieser Hinsicht stehen sie der freiheitlich-libertären Tradition nahe, ziehen selbst verwaltete, wendige und schlagkräftige Organisationsformen vor, die den Beteiligten die Möglichkeit eröffnen, wieder als aktive Subjekte ins Geschehen einzutreten – vor allen Dingen gegen die Parteien, deren Monopol auf politisches Handeln sie in Frage stellen. Ein weiterer gemeinsamer Zug besteht darin, dass sie hinsichtlich der Ziele und Mittel originelle Aktionsformen mit stark symbolischem Gehalt erfinden. Sie richten sich auf genau bestimmte, greifbare und für das gesellschaftliche Leben bedeutsame Ziele (Wohnung, Arbeit, Gesundheit, die Belange der Sans-Papiers usw.), für die sie praktische und direkt umsetzbare Lösungen anbieten; und sie achten darauf, dass ihre Vorschläge wie auch ihr Widerstand in exemplarischen Aktionen konkrete Formen annehmen, die direkt auf das jeweilige Problem bezogen sind und ein ausgeprägtes persönliches Engagement seitens der Beteiligten und Verantwortlichen erfordern. Letztere haben dank einer genauen Kenntnis der Funktionsweise der Medien zum Großteil eine Meisterschaft darin entwickelt, wie man



Pierre Bourdieu, geboren 1930. Professor für Soziologie am Collège de France in Paris.

ein Ereignis „produziert“, ein Anliegen dramatisiert, um dadurch den Blick der Medien – und über diesen Umweg auch den der Politik – darauf zu ziehen. Das bedeutet keineswegs, dass diese Bewegungen nur Artefakte sind, inszeniert von einer sich auf die Medien stützenden Minderheit. In Wirklichkeit ist ein realistischer Umgang mit den Medien mit einem Engagement verknüpft, das lange Zeit am Rande der „traditionellen“ Bewegungen, etwa der Parteien oder Gewerkschaften, geleistet wurde, manchmal gar von einer selbst wiederum marginalen und in der Minderheit befindlichen Fraktion dieser Bewegungen unterstützt, und das bei bestimmten Gelegenheiten an Sichtbarkeit gewinnen konnte, was zumindest kurzfristig seine soziale Basis erweitert hat. Die bemerkenswerteste Tatsache ist jedoch darin zu sehen, dass diese neuen sozialen Bewegungen von Anfang an einen internationalen Charakter hatten, was teilweise einfach daran lag, dass sie sich gegenseitig zum Vorbild nahmen, teilweise aber auch, dass es, wie etwa im Fall der Wohnungskämpfe, zeitgleich in verschiedenen Ländern zur Erfahrung ähnlicher Aktionsformen kam. Bleibt noch anzumerken, dass die Besonderheit der neuen Kampfformen darin besteht, dass sie einiges an Auftrieb durch die Öffentlichkeit erhalten, die ihnen, manchmal wider Willen, von den Medien verschafft wird: Die Anzahl der Demonstranten ist weniger wichtig als das durch eine Demonstration oder irgendeine Aktion, etwa einen gut platzierten Zeitungsartikel, ausgelöste Echo in den Medien und der Politik. Die von den Medien verschaffte Aufmerksamkeit ist jedoch per definitio nem nur verkürzend und häufig einseitig, vor allem aber von nur kurzer Dauer. Man interviewt die Wortführer, sendet ein paar aufrüttelnde Reportagen, aber die Forderungen der Bewegungen werden in den öffentlichen Debatten selten ernst genommen, vor allem aufgrund des ein-

geschränkten Verständnisses und der Grenzen der medienmäßigen Vermittlung. Es ist daher unerlässlich, dauerhaft und unabhängig von den Gelegenheiten, die sich in den Medien bieten, engagiert zu arbeiten und den damit einhergehenden theoretischen Aufwand nicht zu scheuen.)

Eine dritte Gemeinsamkeit: All diese Bewegungen lehnen die neoliberalen Politik ab, die willfährig den Zielen der multinationalen Großunternehmen zur Durchsetzung verhilft. Und ein vierter gemeinsames Merkmal besteht schließlich darin, dass sie mehr oder weniger international und nationalistisch sind. Das zeigt sich vor allem am Beispiel der Arbeitslosenbewegung oder auch der Bewegung, die von der Confédération paysanne (dem Landwirtebund) und José Bové initiiert wurde. Dort lässt sich eine Sensitivität für die französischen Kleinbauern und ein Wille zu ihrer Verteidigung beobachten, der zugleich aber auch die besitzlosen Landwirte Lateinamerikas mit einschließt. All diese Bewegungen sind partikularistisch und nationalistisch zugleich. Sie verteidigen Europa nicht isoliert wie eine Insel, sondern über den Umweg Europa eine bestimmte Art der sozialen Einrahmung der Ökonomie, was freilich in enger Verbindung mit anderen Ländern geschehen muss (beispielsweise mit Korea, wo es viele Menschen gibt, die große Erwartungen auf eine Kontinente übergreifende Solidarität setzen). Eine letzte sie auszeichnende Gemeinsamkeit besteht in ihrer solidarischen Haltung, die eine Art unausgesprochener Grundsatz der meisten ihrer Kämpfe bildet und die sie in ihren Aktionen (zugunsten aller mit dem Zusatz „-lose“ bezeichneten Gruppen: Obdachlose, Arbeitslose etc.) wie auch durch die von ihnen gewählte Organisationsform umzusetzen bemüht sind.

Die Feststellung einer solchen Nähe hinsichtlich der Mittel und Ziele ihres politischen Kampfes erfordert keine Vereinigung der überall verstreut tätigen Gruppen. Obgleich dies gerade von den über solche Übereinstimmungen und Überschneidungen überraschten jungen Aktivisten häufig gefordert wird, wäre das zweifelsohne weder machbar noch erstrebenswert. Erforderlich wäre jedoch eine Koordination der Forderungen und des Vorgehens, ohne dass damit irgendwelche Vereinnahmungsabsichten verbunden wären. Diese Koordination müsste die Form eines Netzwerks annehmen, in dem sich Einzelne und Gruppen zusammenschließen könnten, ohne dass irgendwer die Möglichkeit hätte, die anderen zu beherrschen oder einzuschränken, und in dem der gesamte Reichtum an unterschiedlichen Erfahrungen, Sichtweisen und Programmen gewahrt bliebe. Ihm käme vor allem die Aufgabe zu, die noch zersplittert agierenden sozialen Bewegungen aus ihren zeit- und ortsgebundenen Partikularismen zu reißen und ihnen vor allem dabei zu helfen, das Hin-

und Her zwischen Zeiten intensiver Mobilisierung und Zeiten einer latenten oder verlangsamten Existenz zu überwinden, ohne dabei bürokratischer Konzentration Raum zu geben.

Gegenwärtig existieren bereits viele Zusammenschlüsse, eine Menge gemeinsamer Unternehmungen, die jedoch in den einzelnen Ländern, besonders aber über Ländergrenzen hinweg noch äußerst verstreut und unverbunden nebeneinander existieren. So gibt es etwa in jedem Land zahlreiche Tages- oder Wochenblätter und kritische Zeitschriften – das Angebot des Internets einmal beiseite gelassen –, die voller Analysen, Vorschläge und Anregungen für die Zukunft Europas und der Welt stecken, doch all diese Arbeit findet sich nur weit verstreut, niemand liest all das. Diejenigen, die diese Arbeiten produzieren, stehen oft miteinander in Konkurrenz, sie kritisieren sich gegenseitig, obwohl ihre Beiträge sich doch ergänzen und aufeinander aufbauen könnten. Die Herrschenden reisen umher, sie haben Geld, sprechen viele Sprachen, fühlen sich aufgrund ihrer kulturellen Vorlieben und ihres Lebensstils verbunden. Auf der Gegenseite finden sich hier und da verstreut Leute, die durch sprachliche oder soziale Barrieren voneinander getrennt sind. All diese Menschen zusammenzubringen, ist in höchstem Maße nötig und schwierig zugleich. Viele Hindernisse stellen sich in den Weg. Tatsächlich sind ja eine Menge fortschrittlicher Kräfte, Strukturen des Widerstands, angefangen bei den Gewerkschaften, an den Nationalstaat gebunden. Die Leute sind es gewöhnt, ihre Kämpfe auf nationaler Ebene auszufechten. Das Problem besteht nun darin, wie es den neuartigen transnationalen Mobilisierungsstrukturen gelingen könnte, die traditionellen, nationalen Strukturen mitzuziehen. Auf jeden Fall muss sich die soziale Bewegung auf den Staat stützen – freilich, indem sie den Staat zugleich verändert – und sie muss sich auf die Gewerkschaften stützen – freilich, indem sie auch sie verändert, was eine enorme, zu einem großen Teil intellektuelle Arbeit erfordert. Eine Aufgabe der Wissenschaftler könnte (idealerweise) darin bestehen, für die soziale Bewegung die Rolle von Ratgebern in Sachen Organisation zu spielen, indem sie den verschiedenen Gruppen bei der Überwindung ihrer Unstimmigkeiten helfen.

Flexibel und nachhaltig zugleich müsste diese Organisation dann zwei verschiedene Vorhaben in Angriff nehmen: Zum einen müsste sie bei jeweils kurzfristig anberaumten und auf die jeweiligen Umstände bezogenen Treffen aufeinander abgestimmte und auf greifbare Ziele gerichtete Aktionen vorbereiten; zum anderen während regelmäßiger Zusammenkünfte der Vertreter aller betroffenen Gruppen allgemein bedeutsame Fragen zur Diskussion stellen und gemeinsam an langfristigen Zielsetzungen arbeiten. Es käme hier freilich darauf an,

im Überschneidungsbereich der Betätigungsfelder der einzelnen Gruppen allgemeine Ziele auszumachen und zu entwickeln, bei deren Verwirklichung alle mitwirken und dazu ihre jeweiligen Möglichkeiten und Mittel beisteuern könnten. Man darf getrost hoffen, dass sich aus dieser demokratischen Begegnung einer Vielzahl von Menschen und Gruppen, die einige wesentliche Vorstellungen und Überzeugungen teilen, allmählich ein Bündel von kohärenten und sinnvollen Antworten auf jene grundlegenden Fragen ergibt, für die weder die Gewerkschaften noch die Parteien globale Lösungen anbieten können.

Die Erneuerung der Gewerkschaften

Eine europäische soziale Bewegung ist natürlich kaum denkbar ohne die Beteiligung einer reformierten Gewerkschaftsbewegung, vorausgesetzt allerdings, sie überwindet die äußeren und inneren Hürden, die ihrem Erstarken und ihrer Einigung auf europäischer Ebene im Wege stehen. Es ist nur dem Anschein nach paradox, den Niedergang der Gewerkschaftsbewegung für eine mittelbare und zeitlich verzögerte Folge ihres Triumphes zu halten. Viele Forderungen, die hinter den gewerkschaftlichen Kämpfen standen, sind zu Institutionen geworden, die nun, als sozialstaatliche Rechtsbestände, Stoff für Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften selbst bilden. Als parastaatliche, oft vom Staat selbst finanzierte Instanzen wirken die Gewerkschaftsbürokratien an der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums mit, sie sichern durch die Vermeidung von Konfrontationen den sozialen Kompromiss. Es kommt immer wieder vor, dass die Verantwortlichen in den Gewerkschaftszentralen zu reinen Verwal-

tern mutieren, weit entfernt von den Sorgen und Nöten ihrer Mandanten. Dann kann es geschehen, dass sie die Logik der Konkurrenz zwischen den Apparaten oder innerhalb der Apparate dazu verführt, die eigenen Interessen eher zu verteidigen als die Interessen derer, die sie eigentlich vertreten sollten. Dies hat zu einem nicht geringen Teil dazu beigetragen, dass sich die Beschäftigten von den Gewerkschaften abgewandt haben und sogar den Gewerkschaftsmitgliedern eine aktive Mitgestaltung in der Organisation verleidet wurde.

Freilich können diese Entwicklungen im Innern alleine nicht erklären, dass wir es mit einer sinkenden Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern zu tun haben, die noch dazu immer weniger aktiv sind. Die neoliberalen Politik tritt auch hier ihren Teil zur Schwächung der Gewerkschaften bei. Die „Flexibilisierung“ und vor allem die Prekarisierung einer wachsenden Zahl von Beschäftigungsverhältnissen und der daraus sich ergebende Wandel der Arbeitsbedingungen und Arbeitsanforderungen bewirken, dass ein gemeinsames Vorgehen und selbst die einfache Informationsarbeit immer schwieriger werden, während die Reste der sozialen Sicherung einen Teil der Beschäftigten weiterhin schützen. Dies hält vor Augen, wie unerlässlich, aber auch schwierig eine Reform gewerkschaftlicher Arbeit ist, eine Reform, die eigentlich Ämterrotation und eine Infragestellung des Modells der uneingeschränkten Delegation ebenso voraussetzt wie die Erfindung neuartiger Techniken zur Mobilisierung der ungesicherten und randständigen Beschäftigten.

Die völlig neuartige Organisation, auf deren Schaffung es hier ankäme, müsste also imstande sein, die Zersplitterung nach unterschiedlichen Zielen und na-

tionalen Zugehörigkeiten sowie die Teilung in Gewerkschaften und „Bewegungen“ zu überwinden. Dabei müsste darauf geachtet werden, dass man der Gefahr der Monopolisierung entgeht, die über all diesen sozialen wie gewerkschaftlichen Bewegungen schwebt, aber auch der Erstarrung aufgrund einer beinahe schon neurotischen Furcht vor dieser Gefahr. Der Aufbau eines dichten und schlagkräftig arbeitenden internationalen Netzwerks von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die durch gegenseitigen Austausch in Konzertierungs- und Diskussionsforen, wie etwa den „Generalständen der europäischen Sozialbewegung“ (Etats généraux du mouvement social européen), neue Anstöße erhielten, würde ein mit bestimmten Forderungen auftretendes internationales Vorgehen möglich machen, das nichts mehr gemein hätte mit der Arbeit der offiziellen Institutionen, in denen manche Gewerkschaften ja vertreten sind (wie im Europäischen Gewerkschaftsbund), ein Vorgehen, das auch die Aktionen all jener Bewegungen einbezöge, die pausenlos mit neuen, spezifischen Situationen konfrontiert sind und deren Arbeit dadurch gewisse Grenzen auferlegt sind.

Wissenschaftler und Aktivisten

Zur Überwindung der Spaltungen zwischen den sozialen Bewegungen und zur Sammlung aller verfügbaren Kräfte gegen die ihrerseits bewusst und fein aufeinander abgestimmten herrschenden Kräfte ist eine Arbeit vonnöten, die sich auch auf die Überwindung einer weiteren, ebenso unheilvollen Spaltung richten muss, nämlich diejenige zwischen Wissenschaftlern und in den sozialen Bewegungen engagierten Menschen. Ange-sichts des gegenwärtigen Standes der ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse, der die Mächte der Ökonomie in die Lage versetzt, in einer noch nie da gewesenen Weise und in bisher unbekanntem Ausmaß wissenschaftliche, technische und kulturelle Ressourcen in ihren Dienst zu stellen, kommt der Forschungsarbeit größte Bedeutung zu, gerade um solche Strategien aufzudecken und auseinanderzunehmen, die von multinationalen Unternehmen und internationalen Organisationen erarbeitet und umgesetzt werden – Organisationen, die wie die WTO universell gültige Regeln beschließen und durchsetzen, durch die eine neoliberalen Utopie allgemeiner Deregulierung zunehmend Wirklichkeit zu werden droht. Die gesellschaftlichen Hürden für einen solchen Schulter-schluss zwischen Forschern und Aktivisten sind nicht weniger hoch als die, welche zwischen verschiedenen Bewegungen oder zwischen ihnen und den Gewerkschaften stehen. Trotz ihrer oft unterschiedlichen Ausbildung und meist ganz anderem sozialem Werdegang müssen Forscher, die sich aktiv in einer Bewegung engagieren, und Aktivisten, die



Studentenhappenig an der Pariser Sorbonne im Pariser Mai '68. Die wissenschaftlichen Revolutionäre als notwendige Klammer der spontanen Bewegung, oder aber Säulenheilige?

an einer Forschung mitwirken, lernen, miteinander zu arbeiten und alle Vorbehalte abzulegen, die sie möglicherweise den anderen gegenüber hegen. Sie müssen sich vieler Routine und Vorannahmen entledigen, die mit der Zugehörigkeit zu ganz unterschiedlichen Welten – jede mit ihrer eigenen Logik und eigenen Gesetzen – einhergehen, und das kann nur mit Hilfe neuartiger Formen der Kommunikation und Diskussion vonstatten gehen. Auch dies ist eine der Voraussetzungen dafür, dass es zur kollektiven Erfindung eines durch die kritische Konfrontation der jeweiligen Erfahrungen und Kompetenzen aufeinander abgestimmten Bündels von Antworten kommen kann, die ihre politische Überzeugungskraft dem Umstand verdanken, dass sie zugleich systematisch sowie in gemeinsamen Wünschen und Überzeugungen verankert sind.

Den zugleich ökonomischen und intellektuellen Kräften und ihrer Armeen von Consultants, Experten und Juristen wird einzig und allein eine europäische soziale Bewegung etwas entgegensetzen können, die sich der in den unterschiedlichen Organisationen der verschiedensten Länder versammelten Kräfte sowie der bei Treffen wie den „Generalständen“ gemeinsam erarbeiteten Informations- und Kritikinstrumente versichern kann. Nur eine solche soziale Bewegung wird auch in der Lage sein, an die Stelle jener allein dem Gebot kurzfristiger Profitmaximierung gehorchen und zynisch durchgesetzten Vorgaben die in wirtschaftlicher wie auch politischer Hinsicht demokratischen Ziele eines mit ausreichend politischen, juristischen und finanziellen Mitteln ausgestatteten europäischen Sozialstaats zu stellen, um der rohen und brutalen Kraft engstirniger ökonomischer Interessen Einhalt gebieten zu können.

Aus dem Französischen übertragen von Andreas Pfeuffer.

José Bové, François Dufour:

Die Welt ist keine Ware – Bauern gegen Agromultis

Im November 1999 trafen sich auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Seattle US-Gewerkschaften, Bauern, Menschen aus verschiedenen sozialen Bewegungen und VertreterInnen von Minderheiten. Sie protestierten gegen die fortschreitende „Globalisierung“ auf dem Niveau einer kapitalistischen Totalvereinnahmung. Ihr Unwillen richtete sich vor allem gegen die momentane Gleichschaltung aller Lebensbereiche unter dem Diktat der Profitmaximierung. Mit dabei waren auch Bauern aus dem Larzac, einer Region im Süden Frankreichs, der tradition-



**José Bové, François Dufour
Die Welt ist keine Ware
Bauern gegen Agromultis**

Interview: Gilles Luneau

nellen Region des Rocheforts. Sie sind die Verfechter eines neuen Modells bürgerlichen Zusammenlebens in einer Genossenschaft, die sich nicht den Vorgaben einer Produktion von Nahrungsmitteln agroindustrieller Intensivlandwirtschaft beugen wollen. Organisiert sind sie in einer neuen unabhängigen Bauerngewerkschaft, der Confédération Paysanne.

In *Die Welt ist keine Ware* beschreiben nun die beiden miteinander befreundeten Aktivisten José Bové und François Dufour, führende Köpfe der Bauerngewerkschaft, in einem Gespräch mit dem Journalisten Gilles Luneau ihre Positionen nach einer Neuorientierung der Landwirtschaft, weg von der rückhaltlosen industriellen Massenproduktion für den schrankenlosen Weltmarkt, hin zu einer Wirtschaftsform, die Bauern und Konsumenten gerecht wird. Populär wurden ihre Forderungen durch den Begriff des „Malbouffe“. Ein Wort das eigentlich gegen alle Regeln der französischen Grammatik verstößt. Dennoch ist „Malbouffe“ – zu Deutsch ungefähr „Schlechtes“ – in Frankreich mittlerweile zu einem allgegenwärtigen Schlagwort geworden. Mit „Malbouffe“ bezeichnen die Franzosen all das, was ihnen von einer außer Kontrolle geratenen Nahrungsmittelindustrie auf die Teller geliefert wird: weltweit einheitlich standardisiertes Fast-Food, geschmacksfreie Mikrowellengerichte, Genfood in all seinen Varianten oder gar dioxinbelastete Hähnchen, Hormonkälber und BSE-verseuchtes Rindfleisch. Geprägt hat den Begriff José Bové im Gerichtssaal, als er für eine Aktion angeklagt worden war, die sich symbolisch gegen den Paradeproduzenten schlechten Essens, die sich krakenartig in ganz Frankreich ausbreitende Fastfoodkette McDonald's, richtete. Zusammen mit anderen Bauern von der Confédération Paysanne war eine ihrer Filialen 1999 im südfranzösischen Millau symbolisch „demontiert“ worden.

Die französischen Behörden, wollten offensichtlich auf Weisung höherer Stellen daraus einen Akt bürgerlicher blindwütiger Gewalt machen. Sie erreichten damit allerdings im Gegen teil, dass der Kampf gegen „Malbouffe“ seither in Frankreich und weit darüber hinaus mehr und mehr Menschen dazu bewegt, die Standardisierung der Nahrungsmittel und die weltweite Gleichschaltung der Geschmacksnerven nicht mehr hinnehmen zu wollen. José Bové und sein Mitstreiter François Dufour, treten ein für eine „bürgerliche Landwirtschaft“, die den Bedürfnissen und Wünschen der Verbraucher und der produzierenden Bauern gerecht wird, und für eine internationale Allianz von Bauern-, Umwelt- und Verbraucherorganisationen, die Wohlbefinden und Gesundheit aller Menschen zum Ziel ihres Handelns machen.

Lesenswert für die linke Kritik macht das Buch vor allem die Breite der angesprochenen Themen. So werden neben der Kritik an der ökonomischen Umsetzung der agroindustriellen Landwirtschaft durch EU-Agrarpolitik die Entwicklung der alternativen Bauernorganisationen und die Versuche internationaler Vernetzung aufgezeigt. Die Confédération Paysanne versteht sich zwar als nationale Organisation und vertritt die Interessen ihrer Mitglieder in Frankreich, wendet sich aber konsequent gegen jedweden Chauvinismus und Rassismus. Sie versucht ein Interessensbündnis aufzubauen das Kräfte aus allen Richtungen vereint, die sich von der neoliberalen Form der Globalisierung bedroht fühlen. Dass es allein schon in Frankreich im Kampf einen langen Atem braucht, zeigt die Geschichte um die Kämpfe für die Genossenschaft im Larzac oder der Versuch François Dufours sich aus der industriellen, in Frankreich normalen mit EU-Geldern geförderten kreditfinanzierten Hoyertragslandwirtschaft zu lösen, die die Bauern in den Fängen der Kreditwirtschaft hält. Er und seine Familie haben über zehn Jahre gebraucht, um den Hof in eine rentable Form eines Biobauernhofes zu überführen.

Eine Schwäche des Buches sollte allerdings nicht verschwiegen werden. Da es sich bei sämtlichen Daten in den Interviews um direkte Zitate der beiden Bauernaktivisten handelt, vermischen sich zwangsläufig die Grenzen zwischen Fakten und Meinungen. Es bleibt der Leserin und dem Leser überlassen, die Hintergründe der dargelegten Fakten und Argumente zu prüfen und Meinung und Wahrheit zu trennen. Es wäre daher wünschenswert gewesen, wenn die Herausgeber sich um die Angabe von Quellen und Verweisen bemüht hätten. Trotz dieses kleinen Wermutstropfens bleibt die Welt ist keine Ware ein sehr lesenswertes Buch.

arb

Taschenbuch, 320 Seiten, Rotpunktverlag Zürich 2001, ISBN: 3858692174, Preis: DM 30,00 DM

19. Mai, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Kapitel 16, 17 und 18: Geld, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

24.-27. Mai, Hamburg: BAG-SHI-Bundestreffen. Geplant sind folgende Arbeitsgruppen: Armutsbericht; Zusammenarbeit Arbeits-/Sozialämter; Pauschalisierung; Rechtsverfolgung und -durchsetzung; Öffentlichkeitsarbeit; Kindergeld/Kinderarmut. Preis: voll: 160 DM, ermäßigt: 80 DM, Kinder 40 DM. Schriftliche Anmeldungen an: Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt, Tel. (0 69) 27 22 08 96, Fax: (0 69) 23 50 70, Homepage: www.BAG-SHI.de EMail: BAGSHIFrankfurtaol.com,

24.- 27. Mai, Erlangen: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“, Schwerpunktthemen: Menschenrechte, Technologiefolgen, Gesundheitspolitik, Vorträge/Workshops u.a. zu: „Medizin zwischen den Fronten. Ethische Dilemmata der hum. Hilfe“; Kinderstreben in Bagdad - Embargo und Gesundheit“; Uran im Kosovo - NATO-Einsatzstrahler Munition“, „Handlager für das Militär -Verträge von Kliniken und Bundeswehr“,...; Kongress-Büro: Fichtenstr. 39, 91054 Erlangen, Tel.: 09131/816830, Fax: 09131/816831, e-mail: medigew@aol.com, <http://www.medizijnundgewissen.de> (Mo-Do 9.30-12 Uhr). Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166, E-Mail: ippnw@ippnw.de Internet: <http://www.ippnw.de>

9. Juni, Leipzig: Reformalternative als Gesellschaftsalternative. Theoretische Konferenz von: Marxistisches Forum Sachsen, Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, Marxistischer Arbeitskreis bei der Geschichtskommission der PDS. Schwerpunkte Konferenz: 1. Veränderung in der Gangart des Kapitalismus und Chancen linker Politik bzw. Reformstrategie (Prof. Uwe-Jens Heuer, Leo Mayer); 2. Das Verhältnis von Widerstandsstrategie und Reformstrategie und von Systemopposition und Regierungsbeteiligung (Prof. Dr. E. Felfe, Prof. Dr. E. Lieberam); 3. Die Eigentumsfrage als Grundfrage antikapitalistischer Reformen - Reformen als Suchtpfad zu einem neuen Sozialismus (Prof. Dr. Werner Roß, Jörg Miehe). Die Thesen der Referenten finden sich ab 9. Mai im Internet unter: www.marx-engels-stiftung.de und www.pds-sachsen.de/ag/MF Die Teilnehmer der Konferenz haben dann bis Anfang Juni die Möglichkeit, ihrerseits kurze Thesen zu machen und an Wolfram Triller zu senden (w.triller@online.de) oder per Diskette (Neuländer Str. 4, 01445 Radebeul). Anmeldungen an: Siegfried Kretzschmar, Marxistisches Forum Sachsen, c/o PDS Leipzig, Braustr. 15, 04107 Leipzig

13./14. Juni, Frankfurt: Evangelischer Kirchentag

14.-16. Juni, Göteborg: EU Gipfel in Schweden

23./24. Juni, Berlin: Internationaler Kuba-Solidaritätskongress Kubanisch-Europäische Perspektiven. Kongresshalle am Alexanderplatz. Kubanisch-Europäische Perspektiven. Veranstalter: Netzwerk Cuba, PDS (Partei und BT-fraktion), GUE/NGL im Europaparlament, Cuba si, junge Welt.

23.-24. Juni, Münster: 15. Ordentl. Bundesversammlung der Grünen / Bündnis 90, Halle Münsterland

25.-27. Juni, Barcelona: Protest gegen das Treffen der Weltbank in Barcelona. <http://www.pangea.org/mrg/>, <http://barcelona.indymedia.org>

16.-27. Juli, Bonn: Weltklimakonferenz

20.-22.7., Genua: G7/G8-Gipfel und Gegenaktionen. Mehr dazu: <http://www.attac-netzwerk.de> - <http://www.genoa-g8.org>, <http://italia.indymedia.org>

2. bis 5. August: Linke Sommerschule in Sondershausen

9. September: Kommunalwahlen in Niedersachsen

22. September, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Kapitel 19, 20 und 21: Internationaler Handel und Währung, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

23. September: Bürgerschaftswahlen in Hamburg

17. bis 19. Mai, Berlin

Aktionstage und Großdemonstration für die Abschaffung des Residenzpflichtgesetzes für Flüchtlinge

Es ruft auf das von zahlreichen Organisationen getragene Bündnis gegen die Residenzpflicht und für Bewegungsfreiheit. Internet: www.freespeech.org/inter/residenz - www.humanrights.de - www.umbruch-bildarchiv.de

Aus dem Programm:

Donnerstag, 17. Mai:

10-11 Uhr: Marsch zum Bundestag mit Übergabe des „Memorandums zur Abschaffung der Residenzpflicht“ durch eine kleinere Delegation von Vertretern aus den Flüchtlingsgruppen • 11-13 Uhr: Kundgebung am Brandenburger Tor mit einem Bericht der Delegation • 14.30-15.30 Uhr: Plenum, Vorstellung des Anliegens der Aktionstage und der geplanten Aktivitäten • 15.30-17.30 Uhr: Erste Diskussionen in Arbeitsgruppen mit den Themen: Motivationen für die

Anti-Residenzpflichtkampagne und mögliche Strategien • 19-21.30 Uhr: Podiumsdiskussion mit Sunny Omwenyeke, Cornelius Yufanyi und dem Rechtsanwalt Ulrich von Klinggräf • 22-24 Uhr: Konzert

Freitag, 18. Mai

10-12 Uhr: Workshop • 10-12 Uhr: Diskussion zum Zusammenhang neokolonialer Globalisierung und Einwanderungs- und Internierungspolitik • 14-17 Uhr: Plattform der Flüchtlingsorganisationen und -initiativen mit anschließender Diskussion in verschiedenen Arbeitsgruppen • 19-21 Uhr: Bündnis gegen die Residenzpflicht: Strategien für die Abschaffung der Residenzpflicht • 22 Uhr: Konzert

Samstag, 19. Mai

Ab 12 Uhr: Große bundesweite Demonstration für die Abschaffung der Residenzpflicht

Zentraler Veranstaltungsort ist der Schlossplatz

